

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4/2018

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2018

Redaktionsnotiz.....	3
Karl Marx.....	4
<i>Frank Flegel: Am 5. Mai 1818 wurde Karl Marx geboren.....</i>	4
Syrien.....	8
<i>Brigitte Queck: Der angebliche Chemiewaffenangriff in Syrien = Inszenierung im Interesse der US/NATO-Staaten.....</i>	8
65. Todestag Stalins.....	11
<i>Heinz Ahlreip: Am 5. März vor 65 Jahren ist J. W. Stalin gestorben</i>	11

Russland.....	14
<i>Redaktion offen-siv: Vorbemerkung.....</i>	14
<i>Brigitte Queck: Rückkehr Russlands auf die Weltbühne in politischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht.....</i>	15
<i>Emiliano Cervi, Salvatore Vicario: Die Notwendigkeit der Klarheit über die ökonomische Struktur Russlands.....</i>	33
<i>Frank Flegel: Schlussfolgerungen zum Charakter und zur weltpolitischen Rolle Russlands.....</i>	43
DKP.....	45
<i>Fritz Dittmar: Wie weiter mit der DKP nach dem 21. Parteitag?.....</i>	45
<i>Fritz Dittmar: Leserbrief/Diskussionsbeitrag, Betr.: Steigerwald: „Koba, wozu brauchst Du meinen Tod?“.....</i>	48
MLPD.....	51
<i>Kurt Gossweiler: Brief an die MLPD.....</i>	51
Unterstützungs-Aufrufe.....	64
<i>Aufruf: Strafanzeige gegen Mitglieder des Deutschen Bundestages (Regierungsmitglieder eingeschlossen) und gegen Mitarbeiter/innen der Bundeswehr und zuarbeitender Behörden.....</i>	64
<i>Aufruf: Rassismus ist ein Verbrechen – Wir sind alle Kanaken.....</i>	66
Diskussionsbeitrag zu offen-siv 2-2018.....	67
<i>Ludwig Bodemann: Ein Kommentar zu offen-siv 2-2018 – Der falsche Kompass.....</i>	67
Aus der Leser/innen-Post.....	68
<i>Ronny W.: Klar und informativ (zu offen-siv 1-2018).....</i>	68
<i>André K.: Verschwinde und lass Dich hier nicht erwischen (zu offen-siv 1-2018).....</i>	69
<i>Ludwig Bodemann.: Eine Veranstaltung zur Ökonomie des Sozialismus einberufen (zu offen-siv 2-2018).....</i>	70
<i>Gerhard Schiller.: Die Genossen werden sich schon etwas gedacht haben (zu offen-siv 2-2018).....</i>	71
<i>Zbigniew Wiktor: Vielen Dank für Eure nicht nur deutsche, aber auch internationale Arbeit.....</i>	72
<i>Gerhard Naumann: Der Wahrheit wegen.....</i>	73
<i>Karl-Peter Fülllein: Meine Heimat.....</i>	73
Rettet „Melodie und Rhythmus“!.....	75

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Dies Heft hat den Schwerpunkt Russland. Wie steht Russland sozio-ökonomisch da, welche Rolle spielt Russland international und aus welchem Grund? Diese Fragen sind zu klären, damit wir realistische Antworten geben können. Wir versuchen, auf insgesamt 31 Seiten einen Beitrag dazu zu leisten.

Ansonsten findet Ihr in diesem Heft Artikel zum angeblichen Chemiewaffenangriff des „Assad-Regimes“, zu Karl Marx und zu Josef Stalin, einen etwas ausführlicheren Blick in die Leser/innen-Post als sonst üblich, einen Aufruf zur Rettung des „Magazins für Gegenkultur – Melodie und Rhythmus“ und zwei Texte von Fritz Dittmar über die DKP nach ihrem Parteitag sowie einen Brief an die MLPD von Kurt Gossweiler, der uns von Ursula Münch überlassen wurde.

Wir müssen weiterhin um Spenden bitten. Die Zeitschrift offen-siv finanziert sich allein durch die Spenden ihrer Leserinnen und Leser. Ohne Euch geht also gar nichts.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Karl Marx

Frank Flegel: Am 5. Mai 1818 wurde Karl Marx geboren

Für uns Kommunisten ist dieser 200. Geburtstag natürlich ein Anlass, seiner in Ehren zu gedenken.

Karl Marx hat nicht nur die Grundlagen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung gelegt, er hat auch die Handlungskonsequenz aufgezeigt, die aus dieser unserer Weltanschauung erwächst.

Auf dem Fundament des dialektischen Materialismus wurde es möglich, die Entwicklungsgesetze der menschlichen Geschichte zu erkennen, zu begreifen, warum es unterschiedliche Gesellschaftsformationen gab, wie sie sich entwickelt haben, aus welchen Gründen sie untergegangen sind und warum sich neue, höhere etabliert haben. Der historische Materialismus konnte zeigen, dass die Produktivkräfte, die Produktionsverhältnisse und die durch diese bestimmten Klassen die wesentlichen Triebkräfte der Entwicklung sind. Also galt es, diese zu erforschen. Dazu sei hier das berühmte Vorwort aus „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx auszugsweise zitiert:

„Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen "bürgerliche Gesellschaft" zusammenfaßt, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei.

Die Erforschung der letztern, die ich in Paris begann, setzte ich fort zu Brüssel, wohin ich infolge eines Ausweisungsbefehls des Herrn Guizot übergewandert war. Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden:

In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geis-

tigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um.

Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.“ (Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, in: Marx-Engels-Werke Bd. 13, S. 8f.)

Wie man anhand des Zitates sieht, erforschte Marx gemeinsam mit Engels diese Fragen in einer äußerst akribischen Weise, ihre Analysen zur Geschichte sind wegweisend und Marxens Hauptwerk, „Das Kapital“ ist noch immer das Buch - nicht nur das erste, sondern bis heute das einzige - das den Kapitalismus ohne Sonderinteresse, ohne Scheuklappen und Verdrehungen, sondern wahrhaftig und umfassend analysiert. Unbestechlich, mit strenger Wissenschaftlichkeit werden hier Ware und Geld, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, das „Geheimnis der Plusmacherei“, also die Ausbeutung, die Konkurrenz der Kapitale, die Akkumulation, der Weltmarkt, die Staatsfunktion („ideeller Gesamtkapitalist“), die Entstehung der beiden Hauptklassen im Kapitalismus, der notwendig sich entwickelnde Klassenkampf, die Frage von Reichtum und Armut, von Krise und Krieg analysiert und auf ihre Ursache hin untersucht: das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Aus dieser Untersuchung folgt zwingend die Lehre vom Klassenkampf und das Ziel der Überwindung des Kapitalismus, die „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, also die Bestimmung der Grundzüge der neuen Gesellschaftsformation, des Kommunismus und seiner ersten Phase, des Sozialismus.

Dazu Engels: „*Proletarische Revolution, ...: Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der*

Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorbestimmtem Plan wird nunmehr möglich. Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. (...)

Diese weltbefreiende Tat durchzuführen ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen und damit ihre Natur selbst zu ergründen und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewusstsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.“ (Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 228)

Das hat der Bourgeoisie noch nie gefallen, aber auch vielen kleinbürgerlichen oder reformistisch orientierten Linken nicht.

Schon zu Lebzeiten mussten sich Marx und Engels gegen Anfeindungen und Entstellungen wehren (hier seien als Beispiele nur genannt: Marx und Engels „Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“ und Engels „Anti-Dühring“), und das geht bis heute so weiter und wird auch so weitergehen, bis der Kapitalismus überwunden ist.

Es gibt da unterschiedliche Vorgehensweisen:

Da gibt es welche, die die Axt direkt an die Grundlagen legen, den dialektischen und historischen Materialismus, wie es jetzt zu Marxens Jubiläumstag die Hamburger MASCH gemacht hat mit einer Veranstaltung: „*Historischer Materialismus - Eine Erblast der marxistischen Bewegung und Theorie-Entwicklung*“. In der Ankündigung heißt es: „*Seit der Einführung der Begriffe 'historischer und dialektischer Materialismus', insbesondere seit deren Interpretation und Instrumentalisierung durch die Sowjetunion, gab und gibt es wissenschaftliche und politische Auseinandersetzungen um ihre Berechtigung und inhaltlichen Bestimmungen.*“ Es folgen einige kritische Bemerkungen und dann die Schlussfolgerung: „*Nimmt man diese kritischen Einwände ernst, dann ergeben sich Ansätze einer alternativen marxistischen Geschichtstheorie.*“

So schnell geht das. Und von dieser Sorte gibt es noch unzählige mehr, hier eine (unvollständige) Aufzählung: Die einen sind der Auffassung, dass „*der Marxismus ei-*

gentlich nur eine Methode“ sei, die anderen sagen, dass „*der Marx durch den Kant durch muss*“ und dass man die Frühschriften gegen den „*späten Marx*“ wenden müsse, denn seit der Hinwendung zur Analyse der Ökonomie sei Marx „*dogmatisch*“ geworden. Dem stehen diejenigen entgegen, die Marx für einen reinen „*Ökonomen*“ halten. Wieder andere behaupten, Marx sei „*eigentlich ja nur ein Philosoph*“ gewesen¹, dem es um „*die Freiheit*“ gegangen sei. Deshalb, so geben sie vor zu wissen, hätte er so etwas wie die DDR mit „*Stasi und Stacheldraht*“ auf jeden Fall verurteilt.

Die politische Dimension, der Klassenkampf und die Revolution kommen bei all diesen Leuten nicht vor.

Ein anderes Feld der Verharmlosung und des Zahnlos-Machens ist das überdimensionale Aufblasen des von Marx entdeckten Warenfetisch (nicht die Menschen stehen in direktem gesellschaftlichen Zusammenhang, sondern ihr Zusammenhang wird konstituiert und gesteuert durch die Bewegung der Waren und des Geldes) und der damit einher gehenden Entfremdung. Daraus machen vorwiegend kleinbürgerliche Linke die „Theorie“, dass diejenigen, die dem kapitalistischen Produktionsprozess unterliegen, vor lauter Entfremdung zu nichts mehr fähig sind, zu einen Ausbruch aus diesem Kreislauf also „*am ehesten noch die Künstler*“ in der Lage sein könnten. So nimmt man Abschied vom Proletariat als revolutionärem Subjekt.

Apropos Abschied vom Proletariat: das ist auch ein beliebtes Spielfeld all derjenigen, die Marx loswerden wollen. Man kann ihn ja auch historisieren, d.h. ihm großzügig zubilligen, den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts „beschrieben“ zu haben, aber heute, ja heute sähe alles ganz anders aus – und schon gibt es den 27. Versuch, das Proletariat nicht mehr als Proletariat anzusehen, sondern eben „Abschied vom Proletariat“ zu nehmen.

Damit korrespondieren auch die Versuche, die Marxsche Arbeitswerttheorie auszuhöheln. Da heißt es dann, dass an den Börsen durchaus auch Werte realisiert werden können, „*die nicht auf Arbeit beruhen*“, und schon ist man fast bei der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, die ja behauptet, dass nicht nur Arbeit, sondern auch Kapital und Boden Wert schaffen. Und der ganz große Vorteil einer solchen Konstruktion ist, dass man damit das Problem der Ausbeutung entsorgt, denn wenn das Kapital auch Werte schafft, ist der Profit ja legitim. So wettert man dann gegen die Finanzspekulation, die Börsen, das „transnationale Kapital“, das „Steuerflucht“ betreibt usw., hat sich aber von der revolutionären Systemkritik des Marxismus verabschiedet.

¹ So konnte man in der UZ vom 16.2.2018 in einem Artikel mit Titel „*Metamorphosen*“ von Georg Fülberth ernsthaft die Frage lesen: „*Letztlich: Hat der Philosoph Marx die Welt wirklich verändert oder doch nur interpretiert?*“

All diesen Versuchen ist eins gemeinsam: Vernebelung des Klassenwiderspruchs, Vernebelung der Ausbeutung, Abkehr von der Revolution. Dafür lügen sie, dass sich die Balken biegen, verfälschen oder verstümmeln Marx oder versuchen, ihn in pluralistischen „Deutungen“ unkenntlich zu machen, behaupten, dass es unterschiedliche „Marx-Schulen“ gäbe und so weiter und so fort... Hauptsache, es herrscht Verwirrung.

Wir Kommunisten wollen uns daran nicht beteiligen, wir wollen den Marxismus nicht verschieden interpretieren, sondern ihn uns unverfälscht und unverbogen aneignen und auf dieser Grundlage, ergänzt durch den Leninismus, handeln, damit wir, angelehnt an Rosa Luxemburg, sagen können: „Wir sind bei Marx, unter seinem Banner!“ Für uns gilt nach wie vor: „Mögen die herrschenden Klassen vor einer Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten.“

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

P.S.: Die Genossinnen und Genossen der KPD-NRW haben ein sehenswertes Video zum 200 Geburtstag von Karl Marx produziert und ins Netz gestellt. Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=Y9CcQeE2s4o>

Syrien

Brigitte Queck: Der angebliche Chemiewaffenangriff in Syrien = Inszenierung im Interesse der US/NATO-Staaten

Nachdem der US-Präsident Trump nach dem angeblichen Einsatz chemischer Waffen in Duma durch syrische Truppen gegen Zivilisten der syrischen Regierung sofort mit Militärschlägen auf Syrien gedroht hat, schlossen sich Frankreich und Großbritannien ohne Umschweife diesem verbrecherischem Ansinnen an, ohne eine Untersuchung durch die OPCW-Mission (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) abzuwarten.

Ja, noch schlimmer, alle drei NATO-Staaten bombardierten in der Nacht vom 13.4 zum 14.4.2018 den souveränen Staat Syrien.

Bereits am 13.4. 2018 hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Moskau "schlüssige Beweise dafür hat, dass der chemische Angriff in Duma insze-

niert wurde". Dies betonte er während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem niederländischen Außenminister Stef Blok in Moskau. Außerdem fügte er hinzu, dass die Beweise zeigen, dass der Vorfall "vom Geheimdienst eines Staates inszeniert wurde, der jetzt versucht, die russophobe Kampagne zu anführen".

Von Interesse dürfte außerdem sein, wie Lawrow betonte, dass sich die OPCW-Mission erst auf Druck Syriens und Russland auf den Weg gemacht habe, um den angeblichen Angriffsort zu untersuchen. Die OPCW-Mission habe „sich nicht sehr schnell und motiviert, sondern unter unserem Druck und unter dem Druck der syrischen Regierung“ (O-Ton-Lawrow) auf dem Weg nach Syrien aufgemacht, um am 14.4.2018 in Damaskus einzutreffen, wo sie sich mit russischen „Spezialisten, die diesen Ort untersucht haben und die keine Beweise für den Einsatz von chemischen Waffen wie Sarin oder Chlor gefunden haben" treffen will.

Dies lässt die berechtigte Vermutung zu, dass diese sogenannte unabhängige internationale Organisation, OPCW, bei der die USA mit 22% der größte Geldgeber sind, unter massiven Druck dieses und anderer NATO-Staaten steht.

Lawrow bewies auf der Pressekonferenz mit dem niederländischen Außenminister, dass die Behauptung, die syrische Armee habe die eigene Zivilbevölkerung bombardiert, auf Aufnahmen beruht, die durch die islamisten-nahen Weißhelme verbreitet worden sind.

Wer in Wirklichkeit hinter den so genannten Weißhelmen steckt hat die bekannte Journalistin Vanessa Beeley, von John Pilger, einem australischen Journalisten und Dokumentarfilmer, bestätigt, aufgedeckt. Es handelt sich bei dieser Gruppe um eine Multi-Millionen-Dollar-geförderte Operation mit Verbindungen zu privaten Sicherheitsfirmen und zu Deep State in den USA und Großbritannien.

Auch dem derzeitigen US-Präsidenten Trump geht es, wie sein Ausspruch „America first“ zeigt, um die US-Weltherrschaft.

Wie lange lassen sich die Staaten und Völker der Welt eine solche Politik am Abgrund des Krieges noch gefallen?

Wir, Vertreter der Friedensbewegung Deutschlands, müssen die Merkel-Regierung zwingen, die Politik der Amerikahörigkeit endlich aufzugeben oder abzudanken. Kürzlich stellte Rechtsanwalt Wilfried Schmitz wegen der öffentlichen Beschuldigung der Russischen Föderation für einen angeblichen Giftgasanschlag im britischen Salisbury durch Politiker und Medien der BRD eine Strafanzeige. Wir sollten das Gleiche auch bei dem gebetmühlenartigen Vorwurf von Politikern und Medien der Bundesrepublik bezüglich eines angeblichen Giftgasangriffes der syrischen Armee auf seine eigene Bevölkerung tun und eine Strafanzeige beim Generalstaatsanwalt der

BRD wegen Volksverhetzung gegen Angela Merkel, Außenminister Heiko Maas und andere verantwortliche Politiker des Deutschen Bundestages stellen. Im Internet kann man sich im Übrigen der Strafanzeige von Rechtsanwalt Wilfried Schmitz wegen Volksverhetzung anschließen.

Ein ehemaliger Direktor der UN-Waffeninspektoren sagte, dass die syrische Regierung mit größter Wahrscheinlichkeit nicht für den jüngsten Angriff mit chemischen Waffen verantwortlich sei. Wie wir im folgenden Video dokumentieren, hatte die Rebellengruppe in Douma bereits zugestimmt, das Gebiet innerhalb von 48 Stunden zu verlassen und der Kampf wurde gewonnen. Eine Rebellen-Chemiewaffenfabrik wurde ebenfalls in der gleichen Region entdeckt, in der der Angriff vor wenigen Wochen stattfand. Angesichts der Tatsache, dass die syrische Armee am Rande des Sieges stand, macht es keinen Sinn, dass sie ihren eigenen Erfolg sabotieren würden.

Quellen dazu:

<https://www.infowars.com/former-top-un-weapons-inspector-assa>

<https://theconversation.com/who-are-syrias-white-helmets-and-why-are-they-so-controversial-66580>

<http://between-the-lines-ludwig-watzal.blogspot.de/2017/03/die-white-helmets-ein-al-qaida.html>

Analysen aller angeblich von der syrischen Regierung angeordneten Giftgasangriffe in Syrien

Ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter, der mit dem Chemiewaffenprogramm vertraut war, hatte den Investigativjournalisten Seymour Hersh mitgeteilt, dass vom NRO Sensoren nahe allen bekannten syrischen Chemiewaffenproduktionsstätten installiert worden seien. Damit könne der Transport von mit Sarin gefüllten Gefechtsköpfen überwacht werden. In den Monaten und Tagen vor dem Angriff auf Ghouta am 21. August wurden von den Sensoren keinerlei Aktivitäten festgestellt, sagte die Quelle.

<https://syriengeschichteundgegenwart.com/2018/04/12/eine-detaillierte-analyse-der-bisherigen-giftgaseinsatze-in-syrien/>

Hier ein interessantes und aufschlussreiches Video mit bekannten Persönlichkeiten einer Phoenix-Runde vom 12.04.18 zum Thema „Giftgasattacke in Syrien“ Unter anderem mit Prof. Meyer, der überzeugend darlegte, dass nicht nur diese Giftgasattacke, sondern auch die davor von Dschihadisten inszeniert waren. Der Moderator war mehrfach irritiert.

So etwas in deutschen „Qualitätsmedien“ ziemlich Seltenes sollte man sich ansehen: <http://phoenix.de/content/2566858>

Anhang:

Die Lügenbarone in USA Frankreich und Großbritannien sind entlarvt:

1.- Schweizer Labor weist nach, dass das Skripal-Gift nicht in Russland hergestellt wurde, sondern in den USA und Großbritannien. Siehe:

<https://de.rt.com/1gs0> und <https://deutsch.rt.com/.../68400-lawrow-schweizer-labor-sagt-salisbury-gift-kommt-au>.

2.- Der UNO-Direktor für Waffeninspektion erklärt: Kein Giftgasangriff Assads in Syrien. Siehe:

April 9, 2018 Sean Adl-Tabatabai News, World 22 und

<https://www.infowars.com/former-top-un-weapons-inspector-assa>.

65. Todestag Stalins

Heinz Ahlreip: Am 5. März vor 65 Jahren ist J. W. Stalin gestorben

Am 5. März 2018 sind es auf den Tag genau 65 Jahre her, dass Josef Wissarionowitsch Dschugaschwilli verstarb, bekannter geworden unter dem Namen Stalin. Er kam, wie man so sagt, aus einfachen Verhältnissen, Sohn eines Schusters. Es war der Wunsch seiner Mutter Keke Geladse, dass ihr Sohn Priester der russisch-orthodoxen Kirche werden solle.

Doch sein Studium im Priesterseminar in Tiflis, wo seine überdurchschnittlichen Fähigkeiten auffielen, fand ein abruptes Ende, nachdem die schnüffelnden Popen in seinem Zimmer das 'Manifest der Kommunistischen Partei' von Karl Marx und Friedrich Engels entdeckt hatten. Er wurde Anhänger der Bolschewiki, ging in den Untergrund und führte Aufträge Lenins gewissenhaft aus. Spektakulär war der am 26. Juni 1907 von ihm geleitete Banküberfall auf die Staatsbank in Tiflis, bei dem für die bolschewistische Sache 250.000 Rubel requiriert wurden. Stalin wurde mehrfach verhaftet, mehrfach nach Sibirien verbannt, immer wieder gelang es ihm, von dort zu fliehen.

Als Folge der Niederlage des zaristischen Russlands im japanisch-russischen Krieg kam es 1905 zu einer bürgerlichen Revolution in Russland, in der die Arbeiter zunächst einen achtstündigen Arbeitstag forderten. Nach der barbarisch-blutigen Exeku-

tion von tausenden gutgläubigen Demonstranten am 9. Januar, die der Pope Gapon vor das Zarenpalais zur Exekution gelockt hatte, an der der Vater des Marschalls Tuchatschewskis als kommandierender Offizier führend beteiligt war, was Stalin nicht vergessen hatte, forderten die Arbeiter neben dem Achtstundentag auch die demokratische Republik, also das Ende der zaristischen Selbstherrschaft.

Stalin sprach sich in dieser Revolution für die Bewaffnung der Arbeiterklasse aus und die Revolution von 1905 gipfelte in dem bewaffneten Aufstand der fortgeschrittensten Arbeiter Moskaus im Dezember, der aber niedergeschlagen wurde. Aber die Revolution von 1905 war nur die Generalprobe für die Oktoberrevolution im Jahr 1917.

1917 brach als Folge des vom ersten Weltkrieg verursachten Hungers im Februar in Petrograd eine von Textilarbeiterinnen angeschobene bürgerliche Revolution aus, die die Bolschewiki aber durch die Aprilthesen Lenins zu einer proletarisch-bäuerlichen weitertrieben. Sowjets hatten sich gebildet als Keimformen des Absterbens des Staates. In der Oktoberrevolution, in deren Verlauf der Kapitalismus in Russland niedergeworfen wurde, fand man Stalin an der Seite Lenins und er zerschlug die Legende, die Trotzki und seine Anhänger gebildet hatten, dass Trotzki der Hauptinspirator der Oktoberrevolution gewesen sei. Stalin strich Lenin als den einzig führenden Kopf der Oktoberrevolution heraus und bezeichnete sich im Gegensatz zu dem eitlen Trotzki stets bescheiden bis an sein Lebensende als Schüler Lenins. Die Massen in Russland folgten Stalin, die die Haltlosigkeit der Arroganz Trotzkis durchschaut hatten.

Im erbitterten Kampf gegen die Trotzkiisten und Bucharinisten setzte Stalin die Industrialisierung des zurückgebliebenen Agrarlandes durch und zeichnete sich verantwortlich für die Kollektivierung der Landwirtschaft, die er als eine 'Revolution von oben' bezeichnete. Stalin nahm insgesamt an fünf Revolutionen teil, denn nach der Kollektivierung gab es noch eine Kulturrevolution, in der der Analphabetismus endgültig ausgerottet wurde. Immer wieder betonte Stalin die Notwendigkeit eines festen Bündnisses zwischen dem städtischen Proletariat und den Bauern.

Es war diese Einheit auf der Grundlage der Schwerindustrie, die dem faschistischen Ansturm der deutschen Völkermordswehrmacht im zweiten Weltkrieg das Genick brach. Die Schlacht von Stalingrad war nicht nur ein Wendepunkt in der Geschichte des Weltkrieges, sie war ein Wendepunkt der Weltgeschichte. Das einzige sozialistische Land auf Erden hatte sich gegen die internationale Konterrevolution behauptet, wobei das anglo-amerikanische Imperialistenpack sich die Filetstücke nach der Selbsterfleischung des europäischen Kontinents herauspicken wollte.

Es kam anders. Die Rote Armee stand jetzt in Berlin, in der Stadt, in der sozialdemokratische Steigbügelhalter des Faschismus den Kriegskrediten zugestimmt und in der sie die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht eingeleitet hatten. 1945

atmete die ganze Welt auf, was primär der Roten Armee und dem Generalissimus Stalin zu verdanken war. Erstaunlich rasch ging der Wiederaufbau des von den deutschen Barbaren weitgehend verwüsteten Landes vor sich und 1953, im Todesjahr Stalins, stand die Sowjetunion wieder in voller Blüte, nicht zuletzt deshalb, weil Stalin und die proletarischen Sicherheitsdienste unablässig gegen kontrerevolutionäre Machenschaften vorgingen.

Als Genosse Stalin von uns ging, übergab er uns ein Land, in dem alle positiven Anlagen zu einer Höherentwicklung des Sozialismus vorhanden waren.

Aber statt wie Stalin beim Tode Lenins den Schwur abzulegen, das Vermächtnis Lenins in Ehren zu erfüllen, piffen die Chruschowaner auf das Vermächtnis Lenin-Stalins. Stalin schwor nach dem Tode Lenins auf dem II. Sowjetkongress u.a.: *"Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu festigen"*. Nun, die sowjetamtlichen Nachfolger taten das Gegenteil, sie weichten die Diktatur des Proletariats auf und verwässerten den Marxismus-Leninismus, bis er in der Perestroika bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt war.

Sie bezeichneten drei Jahre nach Stalins Tod den Bezwinger des Faschismus als Verbrecher, wagten aber nicht, diesen "Verbrecher", der die Völker der Welt acht Jahre vor seinem Tod aufatmen ließ, aus dem Lenin-Stalin-Mausoleum zu entfernen. Sechs Jahre lassen die Revisionisten einen „Verbrecher“ neben Lenin liegen, erst 1961 wagten sie es, Stalin von Lenin zu trennen. Und zwar erfolgte diese Entfernung 48 Tage nach dem Bau der Berliner Mauer.

Wer sich nur ein wenig mit der deutsch-DDR-sowjetischen Geschichte auskennt, der kann die Stalin-Note vom 10. März 1952, die so sehr auf die Einheit des deutschen Volkes fokussiert war, nicht ignorieren. Nachdem der deutsche Imperialismus im 20. Jahrhundert Europa, und mehr als nur Europa, zweimal in eine Kriegshölle verwandelt hatte, war diese Note wie ein Sonnenschein aus einer anderen Welt. Aber die Dunkelmänner um Konrad Adenauer traten das Glück des deutschen Volkes mit Füßen. Heute kann es keinen Zweifel mehr geben, wer sich am internationalen Proletariat und am deutschen Volk versündigt hat

Russland

Redaktion offen-siv: Vorbemerkung

Die Diskussionen um den sozio-ökonomischen Charakter des heutigen Russlands werden noch immer und mit großer Emotionalität geführt. Die Frage ist nicht unwichtig, geht es doch sowohl darum, von uns Kommunisten eine realistische (damit ist gemeint, eine an Tatsachen und seriösen Daten vorgenommene) Analyse Russlands erwarten zu können als auch um die Frage der Solidarität oder Nicht-Solidarität mit Russland.

Wir bringen hier zwei gegensätzliche Artikel, der erste von Brigitte Queck beginnt mit der Oktoberrevolution und bringt in der zweiten Hälfte interessante Fakten über das heutige Russland und dann ihre Einschätzung, dass Russland sich auf einem „Weg in die nicht kapitalistische Richtung“ befinde. Sie erweitert diese Einschätzung dann auf China, andere BRICS-Staaten und den Schanghai-Pakt (eine Frage, die wir in der nächsten Ausgabe der offen-siv eingehend untersuchen wollen, vor allem den sozio-ökonomischen Charakter Chinas): „Russland ist zusammen mit China sowie den anderen BRICS-Staaten sowie dem Schanghai-Pakt im Verbund in der Lage, Schritt für Schritt ein anderes Gesellschaftsmodell als das kapitalistische, welches nur auf der Ausbeutung der Ärmsten der Armen dieser Welt basiert, umzusetzen.“ Diese Aussagen koppelt sie mit recht heftigen Vorwürfen gegen diejenigen, die Russland für ein kapitalistisches Land mit imperialistischen Interessen halten: diese seine „*no-lens volens auf der Seite der Aggressoren*“.

Dieser Arbeit stellen wir den Reprint des bereits 2016 von uns übersetzten und veröffentlichten Artikel von Emiliano Cervi und Salvatore Vicario „Die Notwendigkeit der Klarheit über die ökonomische Struktur Russlands“ gegenüber, der anhand von Wirtschaftsdaten darlegt, dass Russland sich im Stadium eines imperialistischen Landes befindet, in der aktuellen welthistorischen Situation aber eine fortschrittliche Rolle gegenüber dem US- und EU-Imperialismus spielt.

Schließlich zieht Frank Flegel zum Schluss dieses Schwerpunktes einige Schlussfolgerungen aus den dargelegten Argumentationen. Aber macht Euch selbst ein Bild! Über Zuschriften würden wir uns freuen, denn das Thema ist sicherlich noch nicht beendet.

Brigitte Queck: Rückkehr Russlands auf die Weltbühne in politischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht

Um die Situation im heutigen Russland nach dem Wirken Chrustschows, Breshnews und der Konterrevolution von Gorbatschow besser verstehen zu können, halte ich es für notwendig, die Lage in Russland nach der Oktoberrevolution etwas genauer zu beleuchten und auf einige wichtige Dinge aufmerksam zu machen, die im einzelnen so nicht bekannt sein dürften.

Der bekannte Historiker und Wissenschaftler Professor Kurt Gossweiler unterstrich: *„Ein Sieg der Oktoberrevolution wäre nicht möglich gewesen ohne die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie und die Analyse des neuen Stadiums des Kapitalismus, des Imperialismus, durch Lenin.“*

Zu diesen wichtigsten Folgerungen gehörten die Erkenntnisse, dass unter den neuen Bedingungen nicht mehr die meist entwickelten kapitalistischen Länder am reifsten für eine sozialistische Revolution waren, sondern jene Länder, die zu den schwächsten Kettengliedern des imperialistischen Weltsystems gehörten, und dass auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung der verschiedenen Länder der Sieg des Sozialismus nicht unbedingt in mehreren Ländern zugleich erfolgen müsse, sondern dass er zunächst auch in einem Lande möglich ist.

Das stand und steht bis heute den Ideen Trotzki und der heutigen Trotzkiisten diametral gegenüber, die damals wie heute von einer „permanenten Revolution“ sprechen, die in einer Weltrevolution enden soll. Das Proletariat wird bei ihnen als einzig revolutionäre Kraft und die Bauern als zutiefst reaktionär bezeichnet.

Die Position Trotzki und der Anhänger Trotzki musste, als die sozialistische Revolution in den entwickelten Ländern des Westens ausblieb, in letzter Konsequenz zum Kapitulantentum und zur Zusammenarbeit mit der imperialistischen Umwelt führen, die dann auch den Sturz der Sowjetmacht gemeinsam vorbereiteten.

Um zu verstehen, dass Trotzki Haltung keineswegs versehentlicher Natur war, möchte ich darauf hinweisen, dass Trotzki bis Ende März 1917 bis zu seiner Rückkehr nach Russland als Herausgeber und Redakteur der von amerikanischen Finanzkreisen gesponserten Zeitung „Novy Mir“ einer gegen Lenin stehenden Zeitschrift war, die in Russisch und anderen Sprachen herausgegeben wurde.

Diese Finanzkreise hatten nach dem Sturz des Zaren einen US-Kriegseintritt an der Seite Russlands gegen Deutschland eingeplant und damit verbunden, sollte die Eroberung des russischen Marktes eingeleitet werden. Diese Kreise hatten Trotzki bei sei-

ner Einreise nach Russland mit reichlichen Geldmengen ausgestattet, wie man in dem Buch A. Suttons „Wall Street and the Bolschewik Revolution“ nachlesen kann.

Trotzki predigte, um auch russische Patrioten für seine Sache zu gewinnen, stets im Sinne des Finanzkapitals, dass der „Ultraimperialismus“, wie er ihn nannte, eines Tages sowieso von selbst verschwinden würde und man nichts gegen den Imperialismus unternehmen bräuchte!

Trotzki und seine Anhänger ließen damals keine Gelegenheit aus, um die Massen gegen ihre Führer aufzuwiegeln. Damals wie heute hetzen die Trotzkiisten gegen besonders revolutionär eingestellte, im Sinne der Volksmassen kämpfende Politiker in aller Welt, gegen diese Führungspersönlichkeiten. Das war so bei Milosevic, bei Chavez in Venezuela oder Fidel und Raul Castro in Kuba. Damals wie heute schwafeln ihre Anhänger, die führende Rolle des Staates im Sozialismus solle aufgehoben werden. Die führende Rolle einer Partei in den sozialistischen Ländern solle verschwinden. Man müsse endlich der Meinungsfreiheit, dem Pluralismus und der uneingeschränkten Pressefreiheit freien Raum geben.

Das sind alles Argumente, die die Trotzkiisten nicht nur damals in Russland in Umlauf setzten, sondern es waren haargenau die Argumente, mit denen der Revisionismus, angefangen von Chruschtschow über Breshnew bis hin zu Gorbatschow und Jelzin in allen sozialistischen Ländern bis in die höchsten Spitzen von Partei und Regierung mit Unterstützung des Think Tank des internationalen Monopolkapitals Einfluss gewannen.

Bezüglich Lenins, der zu Lebzeiten bekämpft wurde, wenden die Trotzkiisten zwei Taktiken an:

- a) entweder die der Lobpreisung Lenins und der Verfälschung seiner Aussagen, oder:
- b) die der völligen Verteufelung Lenins und Stalins und der Leugnung der Rolle ihrer Werke und ihres Wirkens für die internationale Arbeiterklasse und Bauernschaft.

Wie ging es nun mit Russland weiter?

Trotzki und seine Anhänger vermochten mit ihrem politischen Agitieren gegen die Sowjetmacht nicht, die Mehrheit der russischen Bevölkerung und der Partei hinter sich zu bringen. Stalin hatte im ZK sogar zwei Mal um seinen Rücktritt ersucht, wurde aber immer wieder gebeten, im Amt zu bleiben.

Nachdem Trotzki einige Jahre seine konspirative gegen Sowjetrußland gerichtete Tätigkeit in hohen und höchsten Positionen der Sowjetmacht ausgeübt hatte, gingen Trotzki und seine Anhänger zum offenen Terror über, der mit der Ermordung Kirows seinen Anfang nahm.

Nach Ausschluss aus der Partei ging Trotzki schließlich ins Ausland und leitete von da aus die gegen die Sowjetunion gerichtete Oppositionsbewegung. Der künftige II. Weltkrieg warf bereits bedenkliche dunkle Schatten voraus, als Ende 1935 in Moskau ein Spezialkurier Trotzki's eintraf und Radek, der als sowjetischer Journalist in Insiderkreisen als Außenminister Trotzki's angesehen wurde, einen Brief mit allen Einzelheiten eines Geheimabkommens mit der deutschen und japanischen Regierung überbrachte. Nach einer Einleitung, die vom „Sieg des deutschen Faschismus“ und einem kurz bevorstehenden „internationalen Krieg“ sprach, erörterte Trotzki zwei Wege einer Machtergreifung in Russland:

- einer Machtübernahme vor diesem Krieg,
- einer Regierungsübernahme in Russland während des Krieges.

Um sich einer Unterstützung der ausländischen Mächte sicher zu sein, machte er an Deutschland und die Japaner folgende Zugeständnisse: *„Wir müssen Deutschland... Lebensmittel und Öl unter dem Weltmarktpreis liefern. Wir werden das Petroleum von Sachalin an Japan abtreten und für den Fall eines amerikanisch-japanischen Krieges Öllieferungen garantieren müssen... Wir werden der Besitzergreifung der Donauländer und des Balkans durch Deutschland und der Besetzung Chinas durch die Japaner keinen Widerstand entgegensetzen... Wir werden das Küstengebiet und das Amurgebiet an Japan und die Ukraine an Deutschland abtreten müssen.“*

Das Regime, das Trotzki ansteuerte, charakterisierte er wie folgt: *„Die Regierung des Blocks wird nur dann halten können, wenn die soziale Struktur der UdSSR den Lebensformen der kapitalistischen Länder angenähert wird...“*

Seiner Sache durch das Geheimabkommen mit Trotzki sicher, verkündete Hitler Tausenden von Nationalsozialisten auf dem Nürnberger Parteitag am 12. September 1936 seine Absicht, die Sowjetunion zu überfallen.

„Wir sind jederzeit bereit! Ich kann keine ruinierten Staaten an meiner Türschwelle dulden!... Wenn ich den Ural mit seinen unermesslichen Schätzen an Rohstoffen, Sibirien mit seinen riesigen Wäldern, die Ukraine mit ihren endlosen Weizenfeldern zur Verfügung hätte, würde das von den Nationalsozialisten geführte Deutschland im Überfluss schwimmen!“

Kurz darauf, am 25. November 1936, folgte der Abschluss des Antikominternpaktes Deutschlands mit Japan.

Ist es angesichts eines von Deutschland angedrohten Krieges, das ein Bündnis mit Japan eingegangen war, angesichts dessen, dass sich die Westmächte nicht einigen konnten, ein Bündnis mit der Sowjetunion gegen das faschistische Deutschland zu schmieden, verwunderlich, dass die Sowjetregierung in diesen Jahren eine Überras-

schungsoffensive gegen den Feind im eigenen Lande eröffnet hat? Durch eine Reihe unerwarteter Razzien, die im Frühjahr und Sommer 1936 in allen Teilen des Landes vorgenommen wurden, konnten die sowjetischen Behörden eine ganze Anzahl von Nazispionen, Organisatoren der Rechten, Terroristen und Saboteuren unschädlich machen.

An Sabotageakten in schwerindustriellen Betrieben des Ural, den Kohlebergwerken des Donbas und des Kusnezbeckens, auf Eisenbahnlinien, auf Bauplätzen und in Kraftwerken konnte auch die Mitwirkung einer Reihe von hohen staatlichen Beamten nachgewiesen werden wie:

- Arkadi Rosengols, Volkskommissar für Außenhandel der Sowjetunion;
- Krestinski, dem Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, der enge Verbindungen erst mit der Reichswehr, dann mit dem deutschen Geheimdienst hatte;
- Pjatakow, der als offizieller Handelsvertreter der Sowjetregierung in Deutschland über die Firmen Borsig und Demag viele Aufträge zum großen Schaden der Sowjetunion abschloß, aber auch nachrichtliche Verbindungen zur trotzkistischen Opposition aufrechterhalten konnte;
- Christian Rakowski, als ehemaliger sowjetischer Botschafter in England und Frankreich seit 1924 britischer Geheimdienstagent und seit 1934 auch japanischer Geheimdienstagent;
- Stanislaw Rataitschak, Direktor der Zentralverwaltung der chemischen Industrie und Agent des deutschen Geheimdienstes;
- Alexej Schestow, Mitglied der Direktion der Kohleverwaltung Kusnezugol und seit 1931 Agent des deutschen Geheimdienstes;
- Jakow Lifschitz, Beamter der Fernöstlichen Eisenbahnkommission und Agent der japanischen Militärsplionage;
- Michail Tschernow, Volkskommissar für Landwirtschaft und seit 1928 Agent der deutschen Militärsplionage;
- Grigon Onnko, Beamter des Volkskommissariats für Finanzwesen;
- General Tuchatschewski, Stellvertretender Generalstabschef der Roten Armee, zu dem über Krestinski, dem Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, im Auftrag Trotzki's Verbindungen aufgenommen wurden und der kurze Zeit später in das trotzkistische Lager gewechselt war. Bei einem Diner, das die Pariser sowjetische Botschaft 1936 gegeben hatte, war er wohl etwas zu unvorsichtig

gewesen. Er setzte alle dort anwesenden europäischen Diplomaten in Erstaunen durch seine offenen Angriffe auf die Sowjetregierung. Am Tisch des rumänischen Diplomaten und Chef des Pressedienstes der Pariser rumänischen Botschaft, E. Schachanan Esseze, sitzend, hatte Tuchatschewski geäußert: „*Wir sollten unsere Blicke auf das neue Deutschland richten. Für eine gewisse Zeit zumindest wird Deutschland die Führung des europäischen Kontinents übernehmen. Ich bin überzeugt, dass Hitler zu unser aller Rettung beitragen wird.*“ Über dieses Gespräch hat später die berühmte politische Schriftstellerin Genevieve Tabouis in ihrem Buch „Man nannte mich Kasandra“ berichtet.

Bis heute sprechen selbst gewisse Linke trotzdem voller Verachtung von den Moskauer Prozessen 1936-1939. In seiner Schlussrede vom 28. Januar 1937, als die ersten Rädelsführer, die gegen die Sowjetregierung einen Putsch geplant hatten, abgeurteilt waren, erklärte der sowjetische Staatsanwalt Wyschinski : „Die Leute, die auf Trotzki und Pjatakows Weisung mit dem deutschen und japanischen Geheimdienst in Verbindung traten, suchten durch ihre Spionagetätigkeit eine Situation herbeizuführen, die eine schwere Gefährdung nicht nur der Interessen unseres Staates, sondern auch verschiedener anderer Staaten bedeutet hätte, die ebenso wie wir den Frieden wünschen und gemeinsam mit uns um die Erhaltung des Friedens kämpfen... Es ist unser sehnlichster Wunsch, dass die Regierung aller Länder, die den Frieden lieben und für den Frieden kämpfen, entschlossene Maßnahmen ergreifen, um die verbrecherischen Spionage,- Sabotage- und Terrorpläne der Feinde des Friedens und der Demokratie zu durchkreuzen, jener dunklen, faschistischen Kräfte, die den Krieg vorbereiten und die Sache des Friedens, das heißt, die Sache der gesamten freidenkenden, fortschrittlichen Menschheit gefährden.“

Interessant, wie Joseph E. Davis, der amerikanische Botschafter in Moskau, der Tag für Tag in Begleitung eines Dolmetschers im Gerichtssaal anwesend war und den Fortgang der Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt hatte, den sowjetischen Staatsanwalt Wyschinski, der von der gesamten sowjetfeindlichen Presse als „brutaler Inquisitor“ beschimpft wurde, von ihm geschildert wurde. Davis stellte eine Ähnlichkeit zwischen Wyschinski und Homer Cummings fest: *“Er war ebenso ruhig, leidenschaftslos, überlegt, sachkundig und klug. Er führte den Hochverratsprozess in einer Weise, die mir als Anwalt Hochachtung und Bewunderung abnötigte“*. (Siehe : Marxistisch-leninistische Schriftenreihe für Geschichte, Politik Ökonomie und Philosophie, geschrieben von Michael Sayers und Albert Kahn, ISSN 1861-2954, S.73).

In einer vertraulichen Mitteilung vom 17. November 1937 an Staatssekretär Cordeil Hüll bemerkte Botschafter Davis, dass nicht nur er, sondern fast alle ausländischen Diplomaten in Moskau die Urteile für gerecht hielten.

Der Öffentlichkeit wurden und werden bis heute diese Tatsachen verschwiegen. Bis heute werden diese Prozesse falsch dargestellt, die Geständnisse wären unter Druck zustande gekommen, unter Stalin wären Millionen getötet worden und Millionen im GULAG umgekommen.

Nur wenige, wie die Wissenschaftler Professor Ulrich Huar und Kurt Gossweiler (ehem. DDR- Wissenschaftler) Michael Sayers (untersuchte jahrelang die verdeckten Intrigen der Achsenmächte) und Albert Kahn (ehemaliger Geschäftsführer des „Amerikanischen Rates gegen Nazi-propaganda“, dessen Vorsitzender, der unlängst verstorbene E. Dodd, ehemaliger Amerikanischer Botschafter in Deutschland war), der Franzose Rene Lefort, der Schriftsteller Ludo Marten, wagten sich bisher gegen den starken Strom der Berichterstattung, die gegen Sowjetrußland zu Zeiten Stalins bzw. Lenins gerichtet war und ist, anzukämpfen.

Vor allem nach der sogenannten „Geheimrede“ Chrustschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU, die sonderbarerweise als „Geheimrede“ vor dem Auftritt Chrustschows der CIA bekannt war, wurden die Angriffe gegen die Sowjetunion und deren führende Politiker nicht nur in den westlichen Ländern, sondern auch bei den sogenannten Linken, in immer offenerer und verleumderischer Form geführt.

In dieser Zeit erschien auch „Das Schwarzbuch des Kommunismus“. Dem Franzosen Rene Lefort ist es zu verdanken, dass er diesem Machwerk eine gehörige Abfuhr erteilt hat.

Die von vielen Geschichtsfälschern zitierten angeblichen „Fakten“, dass Stalin die Armee enthauptet habe, was anfänglich angeblich nur aus diesem Grunde den so schnellen Vormarsch der faschistischen Truppen ermöglicht habe, entgegnete Lefort, dass es nicht 400.000, sondern ca 40.000 waren, die aus der Armee 1937 ausschieden.

„Von den angeblich repressierten Offizieren wurden 1937/1938 viele wegen Unzuverlässigkeit (Alkoholsucht inbegriffen) und aus Alters- und Krankheitsgründen entlassen.“

„Von den entlassenen und verhafteten Offizieren und politischen Kommissaren wurden 1941 ca. 15 000 wieder in ihren früheren Dienstgraden in der Roten Armee aufgenommen.“

Von den 8579 verhafteten Generälen und Offizieren wurden über die Hälfte wieder freigelassen, rehabilitiert und zum größten Teil wieder eingestellt. (Übrigens deckt sich das sowohl mit den Aussagen von Professor Kosolapow in Heft 13 der Marxistisch-leninistischen Schriftenreihe „Die Wahrheit über Stalin“, als auch mit den Aussagen des bis 1942 repressierten Offiziersanwärters und späteren Generals Wladimir Karpow in seinem Buch „Generalissimo“, Moskau 2002, ISBN 5-94538-253-1).

Auch andere Zahlen geben ein anderes Bild. 1937 gab es 144-300 Offiziere und politische Kommissare, Ende 1939 waren es schon 282.300.

Diese wirklichen nachweisbaren Tatsachen entlarven die sogenannten „Fakten“ einiger bürgerlicher Kommentatoren zur Verleumdung Stalins, z.B. er habe Kriegsgefahren nicht erkannt. Der große sowjetische Feldherr und General Shukow rehabilitiert Stalin auch in seinem Buch der Erinnerungen, indem er den Vorwurf entkräftet, dass Stalin angeblich selbstherrlich Befehle angeordnet habe, ohne die dementsprechenden Spezialisten angehört zu haben.

In seinem Referat (seiner Geheimrede) auf dem XX. Parteitag wälzte Chruschtschow alle Probleme auf Stalin ab. Die Sowjetunion soll im Ergebnis des Machtantritts von Stalin in eine wirtschaftliche und wissenschaftlich- technische Rückständigkeit verfallen sein, obgleich gerade in diesem Zeitraum sich die Sowjetunion in einem Tempo entwickelte, das die Welt noch nie kannte.

In der Zeit der Führung Chruschtschows sank der Zuwachs des gesellschaftlichen Gesamtprodukts von 10,6 % auf 5 %. Es verschlechterten sich die Kennziffern der Industrie, die Auslastung der Grundfonds sank um 9% und in der Landwirtschaft sogar um 21%. Verstärkt wurde die Disproportion in der industriellen Produktion zwischen der Gruppe A (Produktion von Produktionsmitteln) und der Gruppe B (Produktion von Konsumgütern). So betrug 1965 das Wachstumstempo der Gruppe A 10% und der Gruppe B 5%.

Bauwesen: Im Jahre 1954 schlug Chruschtschow unerwartet vor, zum Bau von Fünf-Etagen-Wohnhäusern überzugehen. Diese „Neuerung“ kam den Staat teuer zu stehen, da die Kosten je Quadratmeter Wohnraum unter Berücksichtigung der Aufwendungen für die gesamtstädtische Kommunikation um ein Vielfaches höher waren als bei 9-12-Etagen-Häusern. Der Übergang zur Einführung von Fünf-Etagen-Häusern führte dazu, dass die Baudichte in den Städten stark abnahm und die Transportwege, Wasserleitungen, Telefonleitungen, Kanalisationen und sonstigen Verbindungen unzulässig verlängert wurden.

Ein noch größerer Fehler bei seinem Antritt wurde von Chruschtschow in der Landwirtschaft begangen. Das durchschnittliche Wachstumstempo der landwirtschaftlichen Produktion sollte 8% betragen, aber 1963 ergaben sich Minuskennziffern. Das lag nicht an einem schlechten Erntejahr. Die Ernährungslage im Lande erwies sich als so schlecht, dass Chruschtschow sogar die Einführung eines Lebensmittelkartensystems vorschlug. Die Regierung begann Getreide im Ausland zu kaufen und wandte dafür 860 Tonnen Gold auf. Im Ergebnis führten die Schwierigkeiten bei Getreide zu einer schwierigen Lage bei Fleisch, Butter, Fett und anderen Produkten. Die Preiserhöhungen für Nahrungsmittel führten zum offenen Aufruhr der Arbeiter in Nowot-

scherkassk, der auf Weisung von Chruschtschow grausam niedergeschlagen wurde. Chruschtschow sprach viel über die materielle Interessiertheit der Beschäftigten der Landwirtschaft, das aber ohne spürbare Ergebnisse. Wenn so z. B. vor dem Kriege für einen Kolchoshof zur Bezahlung der Arbeit 8,2 Zentner Getreide ausgegeben wurden, waren es 1961 5,8 Zentner und 1963 3,7 Zentner, und das, obwohl Chruschtschow oft erklärte, dass vor dem Kriege und bis 1953 die Arbeit der Mehrheit der Kolchosbauern nicht bezahlt worden sei. Auf Grund der Willkür von Chruschtschow taumelte man in der Landwirtschaft von einer Seite zur anderen und von Beschluss zu Beschluss.

Bei Stalin hatten die Kolchosen und Sowchosen keine eigene schwere Technik. Sie war in den Maschinentraktorenstationen (MTS) konzentriert, die gleich für einige Dutzende von Landwirtschaftsbetrieben das Land bearbeiteten und die Ernte einbrachten. Unter Chruschtschow wurden die MTS beseitigt und ihre Technik den Kolchosen verkauft. Damit begannen Kostensteigerungen und Preiserhöhungen für Agrarprodukte.

Stalin schrieb 1952: „*Was würde die Forderung zur Übergabe der MTS in das Eigentum der Kolchosen bedeuten? Das würde bedeuten, dass sie große Verluste erleiden würden. Die Kolchosen würden ruiniert, die Mechanisierung der Landwirtschaft untergraben und das Tempo des Aufbaus der Kolchosen würde sich verringern.*“

Diesen negativen Seiten der Entwicklung in Russland zu Zeiten Chruschtschows steht zur Seite sein neues Parteiprogramm mit der großspurigen Ankündigung auf dem XXII. Parteitag, dass die gegenwärtige Generation der Sowjetmenschen im Kommunismus leben wird, obwohl die Sowjetwirtschaft zu diesem Schritt offensichtlich noch nicht in der Lage war. Der gleiche Parteitag nahm einen Beschluss über die Entfernung von Stalin aus dem Mausoleum an. Der einbalsamierte Leichnam von Stalin wurde eingäschert und an der Kremlmauer beigesetzt. Niemand sollte mehr über Stalin sprechen.

Die Absage an das Erbe Stalins musste das Land in einen Antipoden, in das Gegenteil dessen verwandeln, was es in der Vergangenheit war. Betriebe und Fabriken, wissenschaftliche Institute, Lehreinrichtungen, die unter Stalin oder in Verwirklichung seiner Pläne geschaffen worden waren, wurden mittellos und konnten nicht mehr existieren. Viele Städte verwandelten sich in Geisterstädte. Einst waren nach den Zerstörungen des Bürgerkrieges arbeitslose Ingenieure gezwungen, Zündhölzer herzustellen und damit zu handeln, jetzt wiederholte sich das in viel schlimmerem Maße. „*Millionen von Ingenieuren, hoch qualifizierten Technikern, Kandidaten und Doktoren der Wissenschaft, Geologen, Spezialisten für Raketenbau, Biologen handeln mit Nägeln, rüsten Garagen aus, arbeiten als Wächter*“, schreibt Ju. Jemeljanow in seinem Buch. „*Das Prinzip der sozialen Gleichheit, das dem stalinschen Sozialismus zugrunde lag,*

wurde durch das Prinzip der schreienden sozialen Ungleichheit ersetzt, die Zersetzung der Sitten, der Ethik und Moral nahm die unterschiedlichsten Formen an.... Eine Korruption der Rechtsschutzorgane führte zum starken Anstieg der Kriminalität.“ (siehe : Zeitzeuge Saul Livshiz zu den Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU und seine Antwort auf den Brief von Steigerwald an die Junge Welt im Frühjahr 2008)

Es gibt nun einige - auch Linke-, die da meinen, es habe noch nie Sozialismus gegeben. Unter Stalin, das wäre ein Kriegssozialismus gewesen und seit dem Revisionismus zu Chrustschows Zeiten könne man nur von einer Art Staatskapitalismus sprechen.

Zum Vorwurf eines Staatskapitalismus, der auch auf die DDR bezogen wird, äußert sich wohl am besten Daniela Dahn, Bürgerrechtlerin, Jüdin und unabhängige Journalistin schon zu Zeiten der DDR, in ihrem Buch „Vorwärts und nicht vergessen“ (ISBN 3 871342351 , S.104): „Der Präsident des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung in Westberlin, Professor Dr. Lutz Hoffmann, bestätigte mir: 'Es gibt letztlich keinen Unterschied zwischen Staats- und Volkseigentum. Der Staat ist immer nur der Verwalter von Volksvermögen. Es gibt keinen ‚Eigentümer Staat‘. Alles, was sich volkseigen nannte, war tatsächlich das Eigentum der Bürger der DDR'... Nur durch die Verschleierung dieser Tatsache konnten das Bonner Finanzministerium und seine Treuhänder so tun, als seien sie in der Rechtsnachfolge des DDR- Staatseigentums zum totalen Verfügen, Veräußern, Verschenken, Verschrotten befugt.“

Und nicht anders war es in allen sozialistischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion, bis zum Jahre 1989, ungeachtet auch mancher Fehler und Verwerfungen, gewesen. In allen diesen Staaten waren die Hauptforderungen der Arbeiterklasse erfüllt: Arbeit für alle, kostenlose Bildung, kostenlose medizinische Betreuung, bezahlbares Wohnen. Dazu muss man unbedingt auch die Gleichberechtigung der Frau zählen, die nach 1989 auch in den ehemals sozialistischen Staaten wiederum in Frage gestellt ist.

Warum nun dieser unbändige Hass auf Stalin, den sogenannten Stalinismus, dessen Begriff seit dem XX. Parteitag der KPdSU überall in der Welt aufgekommen ist?

Die Antwort ist so kompliziert wie einfach: Stalin und seine Epoche stehen für die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften mit allen Mitteln, wenn es notwendig sein sollte. Aber Trotzki und seinen Nachfolgern, zu denen ich zwar Chrustschow, nicht jedoch die Periode Chrustschows oder gar Breshnews zählen würde, da noch viele Mitstreiter Stalins zu Chrustschows und auch noch Breshnews Zeiten am Leben waren und die Erinnerung an Stalin hochhielten. Ein Gorbatschow oder Jelzin hatten die Worte und Taten von Stalin und seiner Zeitgenossen, den Sozialismus auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, vergessen, so wie auch ein hochstehender

Politiker der DDR, der da sprach „*Patria o muerte, Vaterland oder Tod - das kann nicht unsere Losung sein!*“ Ja, es war der ehemalige Ministerpräsident Modrow, der diese Worte auch in seinem Buch: „Ich wollte ein anderes Deutschland“ in Anlehnung an die kubanische Revolution geäußert hat. Modrow hat auch hochstehende Generale, darunter den Verteidigungsminister der DDR, Heinz Kessler, unter dem verlogenen Vorwand „Volksverrat“, ins Gefängnis werfen lassen.

Genauso oder ähnlich traten, außer in Rumänien, die Staatsführer aller sozialistischen Staaten auf, als diese merkten, dass sie nicht mehr mit der ökonomischen oder militärischen Unterstützung der sowjetischen Staatsführung unter Gorbatschow rechnen konnten.

Dass diesen Umstand der Schwäche der sozialistischen Staaten sofort der IWF und die Weltbank ausnutzten, versteht sich. Der Umtauschkurs für alle sozialistischen Währungen, vor allem des Rubels, fielen sofort ins Bodenlose und die Imperialisten aller Staaten konnten sich ins Fäustchen lachen. Sie bekamen fast alles und fast umsonst, was sonst nur in Kriegszeiten möglich ist. (Nach dem Münchener Abkommen 1939 stand der Kurs der Tschechenkrone zu dem der Deutschen Reichsmark 1:10 und nach dem Überfall der USA auf Jugoslawien 1999 und den Irak im Jahre 2003 bekamen diese die dortigen Bodenschätze nicht nur umsonst, nein, sie drängten dem jugoslawischen und irakischen Völkern sogar auf, die entstandenen immensen Kriegsschäden aus eigener Tasche zu bezahlen!)

Das änderte sich mit der Machtübernahme Putins

Unter seiner Führung wurde die GUS (Bündnis zwischen ehemaligen Sowjetrepubliken wie der Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrussland) ausgebaut und intensiviert.

Der im Jahre 2001 gegründete Shanghai-Pakt, dem vor allem China, Indien und andere mittelasiatischen Länder angehören, wurde ebenfalls ausgebaut. Vor allem mit China wird nicht nur an einer gemeinsamen Erdöltrasse gebaut, sondern seit 2008 auch gemeinsame Militärübungen durchgeführt.

Auf der NATO- Ratstagung am 5.4.08 unterstrich W. Putin ohne Umschweife den dort Versammelten, dass das „*weitere Heranrücken der NATO an die Grenzen Russlands nicht anders verstanden werden könne als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit unseres Landes*“.

Als Südossetien von Georgien im Sommer des Jahres 2008 heimtückisch überfallen wurde, positionierte sich Russland nicht nur mündlich für das überfallene Gebiet Südossetien, sondern verteidigte sofort mit einem entscheidenden militärischen An-

wortschlag seine dort lebenden Bürger, die sich schon lange für eine politische Unabhängigkeit und ein Zusammengehen mit Russland ausgesprochen hatten.

Dies alles war erst wieder möglich geworden, nachdem der Nachfolger Jelzins, Wladimir Putin, Russland aus seiner wirtschaftlichen Agonie wieder herausgeholt hatte.

Putin selbst schätzte das in seiner Rede an die Nation am 9.2.2008 so ein: *Die staatliche Macht war damals wenig effektiv. ...Ein bedeutender Teil der Wirtschaft wurde von Oligarchen oder offen kriminellen Strukturen kontrolliert. In der tiefsten Krise befand sich die Landwirtschaft.*

Die Finanzen des Landes lagen danieder und hingen praktisch vollständig von ausländischen Kreditgebern ab. Und das führte in letzter Konsequenz zur Zahlungsunfähigkeit im Jahre 1998, was zur Schließung vieler Fabriken führte, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut. Die Inflation hatte auch ohnedies alle geringen Ersparnisse der Bürger Russlands aufgefressen. Im Jahre 1999 betrug die Inflation 36,5%. Anfang des Jahres 1999 hatten die Verschuldungen hinsichtlich der Auszahlung der Arbeitslöhne, Renten und Unterstützungen ihren Höhepunkt erreicht.... In einigen Betrieben betrug die Nachzahlung von Arbeitslöhnen 2 Jahre.

Auf das Jahr 1991 bezogen machten die Einkünfte der Bürger lediglich 40% aus, Renten noch weniger. Das Resultat war, dass fast ein Drittel der Bevölkerung Einkünfte unter dem Existenzminimum hatte... Ein Drittel der Bevölkerung war vollständig verarmt.

Die schwere Situation in der Wirtschaft, im sozialen Bereich trug dazu bei, dass viele Werteorientierungen verloren gingen und der Gesellschaft ein psychischer Schlag versetzt wurde. Die Korruption und das Verbrechen nahmen zu. Es verstärkte sich auch die demographische Krisis. Die Geburtenrate sank, die Sterberate nahm zu. Das reiche Russland hatte sich in ein Land armer Leute verwandelt.

Unter diesen Bedingungen begannen wir unseren Plan zu realisieren, den Plan, Russland aus der Krise herauszuführen. Und vor allem galt es, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen und die elementarsten sozialen Garantien für die Bürger zu schaffen, sowie die staatlichen Institutionen zu stärken.

Dabei ließen wir uns vom Hauptprinzip leiten, die Wiederherstellung Russlands darf nicht auf Kosten der Menschen, nicht zu dem Preis der weiteren Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen erfolgen....

Es gelang uns, das Land von der Praxis abzubringen, staatliche Entscheidungen unter dem Druck von Rohstoff- und Finanzmonopolen zu fällen, bzw. von Medienmagnaten und ausländischen politischen Kreisen sowie zügellosen Populisten.

Damals wurden nicht nur nationale Interessen, sondern auch die elementarsten Bedürfnisse von Millionen von Menschen zynisch ignoriert.

Heute kann man mit laut sagen: Es ist vorbei mit der politischen Rechtlosigkeit des Volkes! Wir tun unser Möglichstes und werden es auch weiter tun, dass die Rechte unserer Bürger durch die Macht effektiver Institutionen verantwortungsvoll und treu realisiert werden.

Schließlich ist Russland in die Weltarena als starker Staat zurückgekehrt. Ein Staat auf den man zählen kann und der für sich eintreten kann.

Wir haben uns ein ernsthaftes außenpolitisches Kapital erarbeitet, das auf die Entwicklung des Landes, die Verteidigung der Interessen der Bürger und das nationale Business ausgerichtet ist. Ich möchte nur einige Ziffern anführen. In den vergangenen acht Jahren hat sich der Umfang der ausländischen Investitionen in der russischen Wirtschaft um das Siebenfache vergrößert. Ich erinnere daran, dass in der Vergangenheit der jährliche Abfluss von Kapital 10, 15, 20 und manchmal sogar 25 Mrd. US Dollar betrug. Aber im vergangenen Jahr wurde ein Rekord erzielt: ein absoluter Zustrom von Kapital von 82,3 Mrd. Dollar.

Die Fondwirtschaft entwickelte sich fantastisch - im Vergleich zum Jahre 1999 wuchs sie um das 22-fache! Nach diesen Kennziffern haben wir bereits im Jahre 2006 Mexiko, Indien, Brasilien und sogar Südkorea, welche hohe Entwicklungstempi aufweisen, überholt.

Im Jahre 1999 betrugen die Fondanlagen 60 Milliarden Dollar, im Jahre 2007 bereits 1 Billion 330 Milliarden US-Dollar.

Der Warenumsatz Russlands mit dem Ausland erhöhte sich um das Fünffache. Jährlich fahren 6 Millionen unserer Bürger ins Ausland.

Jede dieser Ziffern illustriert den qualitativ neuen Zustand Russlands als den eines modernen Staates, der für die Welt offen ist, darunter auch für das Business und eine ehrliche Konkurrenz. Heute haben wir schon wieder vollständig das Niveau der sozialökonomischen Entwicklung erreicht, das uns durch die 90iger Jahre verloren gegangen war.

Die Realeinkommen der Bürger überschreiten nunmehr die Kennziffern vor den Reformen. Die Wirtschaft wächst unaufhörlich. Im vergangenen Jahr hatten wir den höchsten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts der letzten sieben Jahre - 8,1 %.

Nach den Berechnungen internationaler Experten hat Russland im Jahre 2007 solche Länder wie Italien, Frankreich beim Umfang des Bruttoinlandsprodukts überholt, das

nach paritätischen Einkaufskennziffern berechnet wird. Damit ist Russland heute die siebt-stärkste Wirtschaftsmacht der Welt.“

Nach den Sanktionen des Westens gegen Russland wegen der angeblich ungerechtfertigten Rückholung der Krim in den Staatenbund der Russischen Föderation nach dem vom Westen geförderten und zusammen mit rechten Kräften der Ukraine durchgeführten Regierungswechsel in der Ukraine hat es Russland heute unvergleichlich schwerer als im Jahre 2008.

Wenn heute gewisse Linke unken, das heutige Russland sei in wirtschaftlicher Hinsicht ja nicht besser als die USA, so muss man dazu eindeutig sagen, dass das eine böswillige Verleumdung ist.

Sogar die grüne Heinrich-Böll-Stiftung, bzw. Wikileaks bescheinigen dem Russland unter W. Putin einen Weg in illiberaler Richtung. Mit anderen Worten einen Weg in die NICHT KAPITALISTISCH RICHTUNG!

Mit Sicherheit wird das heutige Russland unter Putin gerade deswegen vom Westen angegriffen!

Noch einmal klar und deutlich: NICHT PUTIN HAT DIE PRIVATWIRTSCHAFT IN RUSSLAND EINGEFÜHRT. ES WAREN GORBATSCHOW UND JELZIN!!

Ein Mittel, mit den vom Westen eingesetzten Wirtschaftssanktionen fertig zu werden, ist, dass die russische Regierung seit 2012 verstärkt versucht, Investitionen aus inländischen Kapitalquellen zu nutzen und russisches Kapital aus Steueroasen in das nationale Wirtschaftssystem zurückzuholen versucht.

Man nennt diese Finanzpolitik auch “deoschorisazia“ und diese zeigt schon gewisse Erfolge.

Russische Oligarchen galten in ihrem Diskurs schon lange als Verräter nationaler Interessen. Die Tatsache, dass Oligarchen ihre Gewinne im Ausland, bevorzugt in Steueroasen, anlegen, statt sie in Russland zu investieren, wurde heftig kritisiert.

Seit 2012 reagiert die russische Führung auf Forderungen der nationalistischen Akteure, zumindest einen Teil der Ölgewinne im Inland zu investieren

Einbindung der russischen Wirtschaft in das globale Finanzsystem

Aufgrund des kapitalschwachen nationalen Finanzmarktes waren expansionswillige russische Großunternehmen auch in der Ölboom-Periode 2000–2008 gezwungen, finanzielle Ressourcen aus dem Ausland zu beziehen. Sie nahmen Kredite bei ausländischen Banken auf, verkauften ihre Anleihen an ausländische Investoren und führten Börsengänge an internationalen Finanzbörsen durch. Diese Dynamik führte dazu, dass

die private Auslandsverschuldung der russischen Wirtschaft wuchs, parallel zu den Bemühungen der russischen Regierung, die staatlichen Schulden zurückzuzahlen. So betrug im Jahr 2006 die Auslandsverschuldung der russischen Banken und Unternehmen 261,9 Mrd. US-Dollar, 2007 bereits 424,7 Mrd. und 448,3 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008. Bezeichnenderweise waren staatliche oder halbstaatliche Konzerne, wie z.B. "Gazprom", "Rosneft", die Russischen Eisenbahnen RZD, "Transneft", "VTB" und "Sberbank" für bis zu 75 % dieser Summe verantwortlich. Diese Summe entsprach in etwa dem Volumen der ausländischen Reserven, die von der Russischen Zentralbank gehalten wurden, einschließlich des Stabilisierungsfonds: Im Jahr 2006 betrugen diese 303,7 Mrd. US-Dollar, 2007 bereits 476,4 Mrd. und 2008 lagen sie bei 427,1 Mrd. US-Dollar. Die Reserven wurden wiederum in ausländischen Staatsanleihen angelegt oder in ausländischer Währung gehalten.

Erschwerter Zugang zu finanziellen Ressourcen aus dem Ausland nach den Krisen 2008/2009 und 2014/2015

Die Finanzkrise 2008/2009 hat das oben beschriebene makroökonomische Modell infrage gestellt, dem zufolge vor allem Regierung und Zentralbank die Stabilität des Finanzsystems aufrechterhalten, indem sie substantielle Reserven akkumulieren.

In der zweiten Hälfte 2008 waren ausländische Banken aufgrund ihrer eigenen verschlechterten finanziellen Situation nicht mehr bereit, die Kredite russischer Firmen zu verlängern und verlangten ihre Rückzahlung. Daraufhin baten die russischen Oligarchen den Staat um Hilfe. Ein Rettungspaket wurde geschnürt, infolge dessen die Auslandskredite von der russischen Entwicklungsbank "Vneshekonombank" (VEB) aufgekauft wurden. Dafür wurden insgesamt 50 Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Gerade diejenigen Firmen, die am meisten von ausländischen Krediten profitiert hatten, wurden von westlichen Sanktionen getroffen, die nach der Krim-Annexion verhängt wurden.

Eine Wende hin zu einer "patriotischen" Finanzpolitik?

Nationalistisch-konservativen Politiker, Ökonomen und Intellektuellen, als auch große Teile der Wirtschaftselite und der Bürokratie hatten schon vor der Krise gefordert, Stabilisierungsfonds (und später den FNW) für inländische Investitionen zu verwenden. Auf diese Forderungen ging Putin nur partiell ein, indem 2007 etwa ein Zehntel des Stabilisierungsfonds in den neu entstandenen Entwicklungsinstitutionen – der Entwicklungsbank, der Staatskorporation "Nanotechnologii" (heute: "Rosnano") – und im Investitionsfonds angelegt wurde.

Nach der Krise 2008/2009 änderte sich zum Teil die wirtschaftspolitische Orientierung der russischen Regierung. Die Ölfonds wurden zwar angezapft, sowohl um die ausfallenden Haushaltsausgaben zu ersetzen, als auch zur Stützung des Finanzmarktes

und der Banken, aber es erfolgten nur wenig staatliche Investitionen. Erst die aktuelle Krise hat die russische Regierung dazu bewegt, ein umfassendes, aus dem FNW finanziertes Investitionsprogramm einzuleiten.

Öffnung des "Fonds der Nationalen Wohlfahrt"

Im Zuge einer neuen "patriotischen" Politik entschied Putin im November 2013 bezeichnenderweise, einen der Nachfolger des Stabilisierungsfonds – den FNW – komplett für öffentliche Investitionen freizugeben. So wurde Anfang 2015 endgültig entschieden, die Gelder aus dem Fonds für konkrete Ziele freizugeben, etwa für Infrastrukturprojekte der Eisenbahn und der staatlichen (Straßenbau-)Holding "Awtodor", für die Kapitalausstattung der VTB, der "Gazprombank" und der "Vneshekonombank", für Investitionsprojekte von "Rosneft" und "Novatek" und des "Russischen Fonds für Direktinvestitionen"

"Deofschorisazija"

Ende 2011 hatte "deofschorisazija" noch bedeutet, dass eine Verbesserung des Unternehmensklimas angestrebt wurde, um Kapital aus den Offshore-Standorten nach Russland zurück zu holen. 2012 aber verschob sich der Fokus bereits auf die Steuerpolitik. Als Putin Ende 2013 in einer Botschaft an die Föderale Versammlung seine "deofschorisazija"-Idee präziserte, verschärfte das Finanzministerium dementsprechend die Steuergesetzgebung. Putin forderte, dass russische Firmen, die in ausländischen Steueroasen registriert sind, weder Zugang zu Krediten der Vneshekonombank, noch zu staatlichen Kreditgarantien genießen dürften. Des Weiteren sollten solche Firmen zukünftig keine Verträge mehr mit dem russischen Staat oder mit staatlichen Korporationen abschließen dürfen. Bisher hatten die im Ausland registrierten Firmen alle diese Privilegien erhalten, zumal die Nutzung von Offshore-Standorten durch russische staatliche Unternehmen gängige Praxis war. Russische

Trotz vieler Unklarheiten hinsichtlich der Folgen des Gesetzes für die Eigentümer von Offshore-Firmen hat es bereits symbolische Wirkung entfaltet. Eine Reihe von Oligarchen, unter anderem Potanin und Deripaska, erklärten sich bereit, die Initiative der Regierung unterstützen zu wollen, indem sie entweder bekanntgaben, dass ihre Unternehmen keine Offshore-Strukturen nutzen oder dieser Praxis umgehend ein Ende setzen zu wollen. Angesichts der durch die Sanktionen bedingten eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten im Ausland sind russische Oligarchen nun besonders daran interessiert, Zugang zu neuen entwicklungspolitischen Instrumenten des Staates zu erhalten.

Wahrscheinlich zielt das "Ent-Offshorisierungsgesetz" vor allem darauf ab, die Oligarchen im "patriotischen" Sinne zu disziplinieren.

Auch durch das gemeinsame Vorgehen Russlands mit China werden Sanktionen des Westens gegen Russland abgefedert. So z.B. durch gleiches, oder ähnliches Abstimmungsverhalten, beider Staaten in der UNO, durch gemeinsames wirtschaftliches Vorgehen

In wirtschaftlicher Hinsicht hat die russische Regierung vor kurzem erklärt, dass es in Kürze Staatsanleihen im Wert von fast einer Milliarde US-Dollar ausgeben wird, aber nicht wie üblich in US-Dollar denominiert, wie das meistens der Fall ist. Sie will lieber den ersten Verkauf von russischen Staatsanleihen in chinesischen Yuan tätigen.

Dies ist ein Test von beiden Regierungen, bezüglich des Potentials von staatlich finanzierter Infrastruktur und anderen Projekten, um unabhängig vom Dollar-Risiko zu sein oder solcher Ereignisse wie Finanzsanktionen des US-Finanzministeriums

Auch die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Iran soll erweitert werden. Wie es laut Behrouz Hassanolfat von der Iranischen Handelsförderungsgesellschaft in einer Erklärung des iranischen staatlichen Press-TV heißt, soll bereits im Februar 2018 der Iran Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) werden.

Angestrebt ist ein abgestimmtes politisches Verhalten auch in Bezug auf solche Länder des Nahen Ostens wie Saudi Arabien und die anderen OPEC-Staaten, die sich im Krieg gegen Syrien nicht gerade kameradschaftlich verhalten haben, sondern ganz im Gegenteil.

Russland und die OPEC-Staaten hatten Ende 2016 gemeinsame Absprachen getroffen, die Erdölförderung zurückzufahren, um die Weltmarktpreise für Rohöl zu stützen, welche ab Mitte 2014 von über 100 Dollar pro Barrel in wenigen Monaten auf bis zu etwa 30 Dollar absackten. Derzeit liegen die Notierungen bei etwa 68 Dollar für Brent-Öl und 62 Dollar für die Sorte WTI.

Damit konnte Russland im vergangenen Jahr zum weltgrößten Förderland von Rohöl aufsteigen. Der Umfang der Förderung steht in Einklang mit der mit dem Ölkartell OPEC Ende 2016 getroffenen Vereinbarung zu Förderkürzungen.

Insbesondere China ist in den vergangenen Monaten aus Sicht der Russen zu einem wichtigen Kunden avanciert, wie die Eröffnung einer zweiten Pipeline kürzlich zeigte.

Ganz wichtig in diesem Zusammenhang ist auch das gemeinsame Vorgehen Chinas und Russlands in der Staatengemeinschaft BRICS!

Die von den BRICS-Staaten 2014 gegründete New Development Bank BRICS (deutsch: Neue Entwicklungsbank) ist eine multilaterale Entwicklungsbank, die von den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika als eine Alterna-

tive zu den bereits existierenden Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds gegründet wurde. Sie soll vorrangig der Finanzierung von Entwicklungsprojekten und Infrastruktur innerhalb der fünf BRICS-Staaten dienen, welche im Jahre 2014 mehr als 3 Mrd. Einwohner bzw. rund 41 Prozent der gesamten Weltbevölkerung sowie 25 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes auf sich vereinen können

Daneben halten die BRICS-Staaten 2.800 Mrd. Dollar, was 42% der weltweiten Devisenreserven entspricht.

Russland, das ja nach Ansicht gewisser Linker ein zutiefst kapitalistischer Staat ist, VERHÄLT SICH- ZU DEREN WERTER KENNTNISNAHME(!) AUFFÄLLIG SOLIDARISCH MIT LÄNDERN, DIE DEN NICHT KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNGSWEG GEHEN!!!

BEI SYRIEN IST DAS WOHL GANZ OFFENSICHTLICH; DEM ES JAHRE-LANG, NACHDEM SYRIEN IM JAHRE 2015 AUS DER LUFT VON DEN USA, GROBBRITANNIEN UND FRANKREICH ANGEGRIFFEN WURDE, SOGAR MILITÄRISCHE HILFE ZUTEIL WERDEN LIEß!

Was Kuba anbelangt, so hat Russland Kuba Schulden in Milliardenhöhe erlassen, Dutzende von Kooperationsprojekten von insgesamt 4 Mrd. Dollar z.B. zur Entwicklung seiner Eisenbahninfrastruktur vereinbart.

Bezüglich Russlands Haltung zu Nordkorea muss man wissen, dass Russland, genau wie China seit Jahren einen Freundschafts-und militärischen Beistandsvertrag hat. Sollten also die USA beabsichtigen, Nordkorea militärisch anzugreifen, so warnte der russische Präsident Putin den amerikanischen Präsidenten kürzlich eindeutig, dass Russland mit Korea eine 2000 Kilometer lange Grenze habe und Russland im Falle eines amerikanischen Angriffs nicht unbeteiligt zusehen werde, wie die USA das kleine Nordkorea überfallen. Das Resultat war schließlich, dass Trump kürzlich verkündete, mit dem nordkoreanischen Präsidenten sprechen zu wollen.

Venezuela, das z.Zt. in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, genauer gesagt, dem Lande ein Staatsbankrott droht, wurde russischerseits angeboten, den Kredit, den Russland Venezuela im Jahre 2011 im Umfang von 2,7 Mrd. Euro gewährt hatte, erst später zurückzahlen zu müssen.

Auch mit dem Iran arbeitet Russland nicht nur militärisch in Syrien zusammen, sondern seit 2008 auch wirtschaftlich. Iran hat seit 2008 eine Ölborse, auf der Ölgeschäfte nicht mehr in der derzeitigen Weltwährung, Dollar, sondern in der einheimischen iranischen Währung getätigt werden.

Ein wichtiges Detail möchte ich nicht vorenthalten, dass zeigt, dass Russland dem Westen, wenn nötig, auch gewisse Zeichen gibt, die dieser sicher und unmissverständlich auch versteht und dass die Zeit vorbei ist, in dem sich Russland zu einem Lakaien der Westmächte degradiert hatte. Putin setzte vor einigen Jahren in Inguschien einen ehemaligen Offizier und Fallschirmspringer derjenigen in eine verantwortungsvolle Position ein, die beim Fallschirmsprung 1999 im Kosovo, Pristina, die Sympathie und Anerkennung nicht nur der Menschen in Jugoslawien, sondern in der ganzen Welt gewonnen hatten.

Zeigten sie doch den nach dem UNO Abkommen 1244 einmarschierenden UNO-Blauhelmsoldaten, in Wirklichkeit NATO-Soldaten, eindeutig, dass Russland sich einem NATO- Diktat nicht zu unterwerfen gedenkt und vor allem, dass man nach dem schmachvollen Im-Stich-Lassen von Jugoslawien durch Jelzin 1999, der nicht nur den Friedens- und Beistandsvertrag mit Jugoslawien nicht eingehalten, sondern im Interesse seines Geldbeutels faule Geschäfte mit der UCK gemacht hatte, mit Russland noch rechnen kann.

Man spricht in Insiderkreisen von einem damaligen Putsch der russischen Armee gegen Jelzin und dass dieser seine Macht 1999 *nicht so freiwillig* einem Wladimir Putin übertragen hatte.

Am 24.12.2008 hörte man, dass Serbien seine Erdölindustrie zum Niedrigpreis an Russland verkauft hat. Ein entsprechender Vertrag sei am 24.12.08 in Moskau in Anwesenheit des russischen Präsidenten Medwedjew und seines serbischen Kollegen Boris Tadic unterzeichnet worden. Damit übernimmt der russische Gasmonopolist GASPROM 51% des staatlichen serbischen Erdölkonzerns NIS für 400 Millionen Euro. Der Verkauf sei als eine „politische Geste“ Serbiens an Russland zu verstehen, um sich für die Unterstützung im Konflikt um die sich als selbständig erklärte Republik Kosovo zu bedanken. (Siehe ND, 24.12.2008)

Dass es dabei um weitaus mehr ging, versteht sich, da dadurch Russland Serbien auch zu verstehen gibt, dass die Westmächte keinerlei „Appetit“ auf Gesamtserbiens Industrie anmelden dürfen, ohne dabei auch die militärische Komponente Russlands in Betracht zu ziehen...

Warum also sollten Antifaschisten, Kommunisten und die Partei Die Linke Russland unter Führung seines Präsidenten Wladimir Putin verteidigen?

Russland ist zur Zeit der einzige Staat der Welt, der militärisch den US/NATO-Aggressionskriegen in aller Welt Paroli bieten kann.

Russland ist zusammen mit China sowie den anderen BRICS-Staaten sowie dem Schanghai-Pakt im Verbund in der Lage, Schritt für Schritt ein anderes Gesell-

schaftsmodell als das kapitalistische, welches nur auf der Ausbeutung der Ärmsten der Armen dieser Welt basiert, umzusetzen.

Alle diejenigen, die die militärische Verteidigung Russlands von souveränen Staaten wie Syrien, basierend auf der UNO-Charta, Artikel 51 und der UNO-Sicherheitsresolution 2253 im Jahre 2015² zur Bekämpfung der ISIS mit der Interventionspolitik der US/NATO gleichsetzen, sind nolens volens auf der Seite der Aggressoren!

Im Übrigen konnten dank des militärischen Einsatzes Russlands gegen die ISIS auf der Grundlage des internationalen Rechts seit 2015 gemäß der Recherchen der Journalistin Vanessa Beely bis zum August 2017 ca. 6,4 Millionen Syrer in die von der syrischen Regierung kontrollierten Gebiete zurückkehren. Darunter auch Hunderttausende syrischer Flüchtlinge aus Deutschland.

Quelle: <https://medium.com/@caityjohnstone/why-are-syrian-refugees-running-back-to-this-evil-dictator-who-likes-to-kill-them-d9ebdb1581c9>

Emiliano Cervi, Salvatore Vicario: Die Notwendigkeit der Klarheit über die ökonomische Struktur Russlands

Wir alle wissen: Die Welt ist in ständigem Fluss, die USA sind eine Weltmacht im Abstieg (und genau aus diesem Grunde besonders gefährlich) und sie sind mehr und mehr konfrontiert mit dem wachsenden internationalen Einfluss anderer Länder, die aufsteigen und ihre dominante Position versuchen zu untergraben. Das ist unter einem speziellen Gesichtspunkt eine gute Sache: die vermehrten ökonomischen und/oder politischen Zusammenstöße zwischen diesen Mächten, die Lenin als „die tiefsten Widersprüche des Imperialismus“ bezeichnete³, der größere Spielraum für diejenigen, die nach oben streben und die jede Gelegenheit nutzen, die sich national und international in einem System, das im Fluss ist, ergeben.

Kommunisten müssen ihre Taktik den jeweiligen Gegebenheiten von Zeit zu Zeit flexibel und pragmatisch anpassen, denn der Marxismus-Leninismus ist kein theologisches Dogma, sondern das Handwerkszeug, das uns die Möglichkeit gibt, die Welt um uns herum zu analysieren und zu verstehen. In dem überschaubaren Szenario, welches

² siehe: <https://www.un.org/sc/suborg/en/s/res/2253-%282015%29>

³ „Imperialism and the split in socialism“, Lenin 1916, Collected Works, vol 23, 4th English Edition, Progress Publishers, Moscow 1964, pp. 105-120.

der kleine Kreis der Kommunisten heute bietet, gibt es Tendenzen, diesen notwendigen Pragmatismus derart zu übertreiben, dass sie vielleicht nicht gleich die Grundlagen unserer Theorie beschädigt werden und wir in den Opportunismus abgleiten, aber es werden die Fakten verfälschen. Und das ist möglicher Weise noch gefährlicher.

Die UdSSR, Russland und Putins neuer Kurs

Eine der beunruhigendsten (und, lasst es uns sagen: auch bizarren) Verfälschungen besteht darin, die UdSSR mit dem zu vergleichen, ja fast schon gleich zu setzen mit dem, was Russland heute ist. Die Rehabilitation einer glorreichen Vergangenheit, ein Revival der Symbole und Rituale aus der Zeit des Sozialismus haben manche Genossen unglaublich verwirrt. Es ist nicht unüblich, dass Kommentare zu lesen sind wie: „Lang lebe Genosse Putin“, „Putin baut die UdSSR wieder auf“, „Ich weiß, die Sowjetunion kommt wieder“ usw.

Unzweifelhaft hat Russland die erste post-sowjetische Periode überwunden, in der es einen massiven Ausverkauf des ökonomischen, politischen und kulturellen Reichtums des Volkes an die großen westlichen Spekulanten, Profiteure und Gangster gab. Inzwischen führen keine Alkoholiker mehr das Land, stattdessen ein Staatsmann, kompetent und auf der Höhe der Zeit (er hat es beim KGB gelernt). Diese Faktoren haben dieses Image geformt, haben geholfen, solche Verfälschungen wie die oben genannten bei der Einschätzung Russlands entstehen zu lassen.

Um Klarheit zu schaffen, müssen wir uns zunächst fragen: Was macht ein Land zu einem sozialistischen Land? Es ist ein Fakt, dass die Kommunistische Partei das Land führen muss (als Avantgarde des Proletariats), aber wirklich entscheidend dafür, das System zu bestimmen ist die Ökonomie, die wir genau analysieren müssen, um alle Zweifel auszuräumen und Klarheit zu gewinnen.

Entweder sind die Produktionsbedingungen und Produktionsmittel in der Hand der Arbeiterklasse, und dafür müssen sie sozialisiert worden sein, oder man kann nicht und sollte nicht von Sozialismus sprechen. Außerdem muss man aufmerksam sein, denn nicht jede Nationalisierung ist auch eine Sozialisierung. Eine Nationalisierung enteignet einen bestimmten Produktionszweig oder einen bestimmten Großbetrieb, ohne die Eigentumsverhältnisse gesamtgesellschaftlich zu verändern. Beispielsweise waren in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Italien viele strategische Unternehmen in staatlicher Hand (Energie, Stahl usw.), aber hieß das, dass Italien ein sozialistisches Land war? Wer besaß den Reichtum des Landes? Waren es die Arbeiter oder war es die exklusive Gruppe von Großunternehmern, die die Regeln der Ökonomie und der nationalen Politik kontrollierten und noch immer kontrollieren?

Der erste Faktor also, den Kommunisten analysieren müssen, ist die ökonomische Struktur eines Landes. Und da hat es in Russland eine große Veränderung geben verglichen mit der Zeit der Sowjetunion. Als Resultat der Konterrevolution gab es eine Rückkehr zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in denen die Produktionsmittel und die Produktionsbedingungen sich in privaten Händen befinden und in denen es nicht Ziel der Produktion ist, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, sondern die Profite der Kapitalisten, also derjenigen, die die Produktionsmittel in ihren Händen halten, zu sichern.

Während der Reichtum in der UdSSR der Wohlfahrt des Volkes diente, das waren die Industrialisierung, Dienstleistungen, Gesundheitsfürsorge, Verkehr, Bildung, Erziehung, Sicherheit und Frieden, dient heute der Reichtum der ehemaligen Sowjetrepubliken dazu, die Brieftaschen der Manager, Spekulanten, Banken wie Sberbank, VTB-Bank, Alfa Bank, Raffinse-Bank oder der Blagosostoyanie, und großen Kapitalgesellschaften wie Gazprom, Rosneft, Lukoil, Rusal usw. zu füllen. Sie alle sind verbunden mit den politischen Institutionen, wie wir bei den nächsten Details sehen werden.

Wir werden auf Zahlen und Statistiken zurückgreifen, um die Argumentation zu stützen: Die Statistik über den Kapitalexport Russlands ist sehr interessant.

In den ersten Jahren des „neuen Russland“, den 90er Jahren, war der Anteil russischen Kapitals, das in den Rest der Welt exportiert wurde, sowohl statistisch als auch ökonomisch verschwindend gering.

Es gab eine Kapitalflucht aus Russland (was nicht das Gleiche ist wie ein Kapitalexport) und die westlichen Neokapitalisten zogen jährlich rund 15 – 20 Milliarden Dollar aus Russland ab. Das Land war im Prozess auszubluten.

Mit dem Ende der Jelzin-Regierung änderte sich die Situation, der russische Kapitalismus entwickelte sich in eine neue Phase, in welcher sowohl das industrielle als auch das Bankkapital schnell wuchsen und der Kapitalexport eine zunehmend größere und inzwischen die wichtigste Rolle einnimmt. Das ist die Entwicklung, die, sich von Jahr zu Jahr verstärkend und konsolidierend (nur die Krise 2007/8 verlangsamte den Prozess vorübergehend etwas), Russland zu einem komplett imperialistischen Land macht.

Hier die gerundeten Zahlen, Kapitalexport Russlands in Mrd. Dollar⁴ (2)

2000:	37
2001:	44
2002:	70
2003:	153
2004:	152
2005:	368
2006:	562
2007:	747
2008:	371
2009:	443
2010:	558
2011:	534
2012:	794

Seit 2000 sind die ausländischen Direktinvestitionen des russischen Monopolkapitals außerordentlich stark gestiegen.

Russland und die Wesensmerkmale des Imperialismus

Nach den Angaben der Forbes-Liste gibt es heute 110 Dollar-Milliardäre in Russland, deren Privatvermögen rund 320 Milliarden Dollar beträgt, damit liegt Russland, was diese Größenordnung angeht, auf Platz drei nach den USA und China. Der so genannte Gini-Koeffizient⁵ der statistischen Analyse der sozialen Ungleichheit liegt in Russland bei etwa 41,7. (Zum Vergleich: Deutschland liegt beim GINI-Koeffizienten zwischen 25 und 30, Italien zwischen 30 und 35, die USA zwischen 40 und 45, Südafrika bei 65.)

Indem wir die charakteristischen Merkmale des Imperialismus, wie sie Lenin herausgearbeitet hat, analysieren - wir fokussieren uns auf die ersten drei - können wir feststellen, dass die hohe Konzentration der Produktion in Russland schon durch die

⁴ Source: Our graph bases on figures from the World Bank

⁵ Der **Gini-Koeffizient** oder auch **Gini-Index** ist ein statistisches Maß, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Ungleichverteilungskoeffizienten lassen sich für jegliche Verteilungen berechnen. Beispielsweise gilt der Gini-Koeffizient in der Wirtschaftswissenschaft, aber auch in der Geographie als Maßstab für die Einkommens- und Vermögensverteilung einzelner Länder und somit als Hilfsmittel zur Klassifizierung von Ländern und ihrem zugehörigen Entwicklungsstand.

Der Gini-Koeffizient wird aus der Lorenz-Kurve abgeleitet und nimmt einen Wert zwischen 0 (bei einer gleichmäßigen Verteilung) und 100 (wenn nur eine Person das komplette Einkommen erhält, d. h. bei maximaler Ungleichverteilung) an.

UdSSR und deren sozialistische Industrie geschaffen worden ist, weshalb die Herausbildung von kapitalistischen Monopolen nicht mehrere Jahrzehnte in Anspruch nahm, sondern wesentlich schnell ablief, indem die führenden Großbetriebe in Privateigentum übergingen.

In der Forbes-Liste der 100 größten Monopole der Welt sind 28 russische aufgezählt, wie z.B. Gazprom, Lukoil, Rosneft und Sberbank. Die russische Ökonomie ist hoch konzentriert; in vielen Sektoren ist die Konzentration höher als in den USA oder in Deutschland. Zum Beispiel lag der Anteil, den die 10 größten Monopole Russlands im Jahr 2006 am Bruttoinlandprodukt hatten, bei 28,9 %, während er sich in den USA nur auf 14,1 % belief. Die meisten Sektoren der Ökonomie in Russland sind hoch konzentriert, z.B. der Energiesektor, der Maschinenbau, das Transportwesen und die Lebensmittelproduktion. Wir können feststellen, dass wir es in Russland mit einem Monopolkapitalismus zu tun haben, der hoch konzentriert ist und eine starke staatliche Präsenz zeigt.

Was die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital angeht: dies ist längst geschehen. Die Sberbank ist eine der größten Banken der Welt, aber die VTB-Bank, die Alfa-Bank und die Raffinose-Bank spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle in der russischen Ökonomie. Die großen Banken sind eng verflochten mit dem Industriekapital, man hält gegenseitig Aktien und sitzt gegenseitig in den Aufsichtsräten. Manche Banken sind direkte Gründungen des Industriekapitals wie die Gazprom-Bank, Uralsib, Promsvjas-Bank.

Die Gazprom-Gruppe besitzt die Gazprom-Bank und den privaten Pensionsfonds „Gazfonds“. Diese größte der russischen Industriegruppen besitzt daneben die Versicherungsgruppe „Sogas“ und ist führend bei den Invest-Banken und den Pensionsfonds.

Der bekannte Oligarch Vekselberg besitzt die Renova Holding (mit Sitz auf den Bahamas), zu der die russische „Renova“-Gruppe gehört, eine internationale Gesellschaft für Privatgeschäfte, die aus Aktiengesellschaften besteht, die im Gesundheitswesen tätig sind und eine rege Investitionstätigkeit zeigen, so in den Bereichen der Erzgewinnung und des weiteren Bergbaus, der Ölgesellschaften, des Maschinenbaus, der Energieversorgung, der Telekommunikation, der Nanotechnologie, der Chemieindustrie und dem Finanzsektor. Die Renova-Gruppe hält große Anteile an führenden russischen und internationalen Aktiengesellschaften, wozu unter anderem gehören: UC Rusal, Integrated Energie Systems, Oerlikon, Sulzer, Schmolz&Bickenbach. Die Renova-Gruppe investiert in Russland, der Schweiz, in Italien, in Südafrika, in der Ukraine, in Lettland, in der Mongolei, in Kirgistan usw. Der Gruppe gehört außerdem die Metkombank, eine der größten Banken in Russland, die inzwischen zu den 50 bei Investoren beliebtesten Banken zählt. Gleichzeitig besitzt der Oligarch Vekselberg

einen Teil von UC Rusal, dem größten Aluminium-Hersteller der Welt, und er ist Miteigentümer von Norilsk Nickel, einer russischen Aktiengesellschaft, die Nickel und Palladium verhüttet.

Die Oligarchen Alisher Usmanov, Vladimir Skoch und Farhad Moshiri besitzen die MetaUinvest, eine der größten Gruppen im Minen und Metallgeschäft Russlands, spezialisiert auf die Stahlproduktion. MetaUinvest wiederum besitzt die Oskol Steel Works, Ural Steel und andere Industrien. Bis zum letztem Jahr gehörte ihnen auch die Round-Bank (zuvor Ferrobank), die sie verkauft haben an ihren Freund Leon Semenenko und der wiederum die Hessen Holding Ltd. und die Nenburg Finance Ltd. gehören, ansässig auf Zypern, beide Letztgenannten halten 50 % der Anteile an der SibConsultGroup Ltd., dem einzigen Eigentümer der Round-Bank. 2012 gründete Usmanov, einer der reichsten Männer der Welt, die USM Holdings, womit zahlreiche Investitionen in unterschiedliche Telekommunikationsgesellschaften zusammengeführt wurden, solche wie Garsdale, die wiederum 50 % der MegaFon kontrolliert, MegaFon ist der zweitgrößte Handynetz-Anbieter in Russland, und MegaFon besitzt 100 % der Aktien der Scartel/Yota AG, ein 4 G Provider, 50 % von Euroset, dem größten Handy-Einzelhändler in Russland. Alle diese Gruppen haben Interessen an und Leute in der Round-Bank.

Der Oligarch Prokhorov besitzt eine Vielzahl von Gesellschaften. Wir wollen einige von ihnen aufzählen: Onexim Holding Ltd (Sitz auf Zypern), die die Gruppe Opto-GaN besitzt, Hersteller von lichtstarken LED-Lampen. Prokhorov besitzt außerdem die Opin und die Quadra Power Generation, führend in dem russischen Energiesektor, sowie die Renaissance Credit Bank und die größte Investment-Bankgruppe in Russland, Renaissance Capital. Zudem besitzt er Anteile an Rusal.

Der Oligarch Vladimir Yevtushenko, einer der reichsten Männer Russlands, hält 64,2% an der AFK-Systems AG, die die MTS-Bank besitzt, welche wiederum die RTI-Gruppe direkt kontrolliert, die größte Industrie-Holding in Russland, der vor allem Konzerne der Hochtechnologie und der Microelektronik gehören. Außerdem besitzt die MTS-Bank 89% der Anteile von Bashneft, einer der größten russischen Ölgesellschaften und 92 % von Bashkiria, einem Elektrizitätskonzern.

Der Oligarch Oleg Deripaska besitzt die Investment-Gruppe Basic Element, die aufgeteilt ist in unterschiedliche Sektoren: Energie, Industrie, Luftfahrt, Landwirtschaft, Textil, Netzwerkbetreuung und Finanz-Service. Er besitzt eine der größten Versicherungsgruppen Ingosstrakh, die Großbank Soyuz, den privaten Pensionsfonds Socium, außerdem Basic Element und Element Leasing, eine der größten Leasing-Gesellschaften in Russland. Und ihm gehört die GAZ-Group, russischer Marktführer für Nutzfahrzeuge, Busse, elektrische Lokomotiven und Komponenten.

Der „Wodka-König“ Roustam besitzt die Russian Standard Bank, eine der größten russischen Banken, die Versicherungsgruppe Russian Standard Insurance und natürlich Russian Standard Vodka, die wichtigste Wodka-Brennerei in Russland.

Der Oligarch Agalarow besitzt die Crocus-Gruppe, eine der führenden Immobilien-Firmen Russlands mit Dutzenden von Konstruktionsfirmen und Logistik-Gesellschaften – und die Crocus-Bank.

Der Oligarch Dimitry Pumpyanskiy besitzt 98 % der SKB-Bank und 71,1 % von TMK Steel.

Der Oligarch Anatoly Sedykh besitzt 80 % der United Metallurgical Company, einem der größten russischen Hersteller von Rohren, Pipelines, Schienen und anderen Stahlprodukten für den Energiesektor, das Transportwesen und die Industrie - außerdem 60 % des Kapitals der Metallinvest-Bank.

Der Konzern Rosneft besitzt die Russian Regional Development Bank, die MDM-Bank, eine der größten Privatbanken Russlands, besitzt die Siberian Coal Energy Company, den größten Kohleproduzenten Russlands einen der größten Exporteure. Die Syberian Coal Energy Company ihrerseits hält Anteile an der MDM-Bank und an mehreren großen internationalen Finanzinstitutionen wie z.B. der International Finance Corporation, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ebenso wie an einer der größten Investment-Gesellschaften Russlands, der Troika Capital Partners.

Die Guta Group ist eine der größten Industrie- und Investment-Gesellschaften, sie besitzt die United Confectioners Holding Company, Marktführer und Besitzer der meisten Marken (etwa 1700) im Textilsektor. Die Holding besitzt darüber hinaus die Guta-Versicherungsgesellschaft und die Guta-Bank, eine der Top-20-Banken in Russland, sowie Hotels, Krankenhäuser und Privatkliniken.

Die Don Invest Holding führt die Comercial Bank Doninvest und besitzt Gesellschaften im den Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion, des Maschinenbaus und der Automobilproduktion (PKW und Bus).

Die meisten Oligarchen haben Sitze in der Duma, direkte Beziehungen zu Staatsfunktionären und zu den politischen Parteien der russischen Bourgeoisie. Es gibt in Russland eine Finanzoligarchie, aber sie hat nicht immer identische Interessen. Es gibt Teile der Großbourgeoisie, die eine eigenständige Entwicklung Russlands befürworten, und es gibt Teile derselben, die eine größere Verbundenheit mit dem „Westen“ wünschen. Diese fordern eine größere Liberalisierung und weitere Privatisierungen von Staatsunternehmen. Diese haben über die Jahre mehrfach versucht, eine so genannte „bunte“ Revolution in Russland hervorzurufen.

Wir haben den Kapitalexport Russlands betrachtet. Das andauernde Wachstum der nationalen Ökonomie und die Stärkung der nationalen Unternehmen hat zu einer schnelle Steigerung der Investitionen geführt, die Russland inzwischen zu einem der führenden internationalen Investoren gemacht hat. Durch die Gründung neuer Unternehmen im Ausland bzw. den Aufkauf dort ansässiger Unternehmen hat das russische Großkapital Zugang gewonnen zu neuen Ressourcen, Technologien und Märkten. Diese Expansion stärkt Russlands geopolitischen Einfluss und seine Position in der globalen Ökonomie.

Russische Kapitalgesellschaften beschäftigen mehr als 150.000 Arbeiter im Ausland, mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2000. Im Resultat hat die Expansion der größten russischen Konzerne sie zu so genannten globalen Multis werden lassen.

Die Führungsposition, was die Auslandsvermögen angeht, haben die Öl-, Gas- und Stahlkonzerne inne: Lukoil, Gazprom, Severstal und Rusal, mit einer Gesamtsumme von mehr als 50 Milliarden Dollar an Auslandsinvestitionen. 2012 haben russische Unternehmen insgesamt mehr als 139 Milliarden Dollar für den Erwerb ausländischer Aktiengesellschaften investiert (incl. der Übernahme von BP durch Rosneft für 56 Milliarden Dollar). Viele dieser Investitionen bezogen sich auf die Haupttätigkeit der russischen Konzerne, so dass man sagen kann, dass die russische ökonomische Expansion sich eher auf die Kerngeschäfte bezieht denn auf eine mögliche Diversifikation.

Die Zunahme der finanziellen Kapazitäten der führenden russischen Banken machte es möglich, dass sie in ihre eigene internationale Präsenz in der Weise investiert haben, dass sie ein einerseits existierende ausländische Bankgesellschaften übernommen und andererseits eigene Tochtergesellschaften im Ausland gegründet haben. So hat die VTB-Bank Zweigstellen in der Ukraine, in Weißrussland, in Armenien und Georgien eröffnet und dafür 400 Millionen Dollar investiert, während sie ihre Beteiligungen an westeuropäischen Banken weiter konsolidierte und zusätzlich Zweigstellen in Indien, China, Vietnam und Angola eröffnete. Die VTB-Bank ist inzwischen in der Lage, russische Konzerne in über 15 Ländern der GUS, Westeuropas, Asiens und Afrikas zu unterstützen, und sie plant, bis 2020 die größte und einzige globale Finanzinstitution der Nach-Sowjet-Ära in Russland zu werden.

Dieser – unvollständige – Blick auf die ökonomischen Verflechtungen in der russischen Ökonomie zeigt eindeutig, dass die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital nicht zu leugnen ist. In Russland hat sich der Kapitalismus mit der Übernahme der Großbetriebe, wie sie in der Sowjetunion entstanden sind, unmittelbar zum Monopolkapitalismus entwickelt. Und der Kapitalexport steigt rapide an.

Es geht nicht darum, für oder gegen Russland, für oder gegen Putin zu sein, sondern um eine wissenschaftliche Analyse des tatsächlichen Charakters eines jeden Landes, ohne Mystifizierungen und Idealisierungen, die danach streben, die Analyse des einen oder anderen Landes von seiner ökonomischen Basis zu trennen.

Fazit

Wir können an dieser Stelle feststellen, dass der Kapitalismus in Russland fest etabliert ist, dass das Bankkapital mit dem industriellen Kapital verschmolzen ist, dass die großen Monopole eine fundamentale Rolle in der Wirtschaft spielen, dass Russland also ein imperialistisches Land ist, wenn auch nicht an der Spitze der imperialistischen Pyramide stehend.

Die internationale Ebene

Wichtig ist aber, dass das heutige Russland - in völliger Abkehr vom Sozialismus und weit davon entfernt, irgendein „Modell“ zu sein, welches man übernehmen könnte - interessante Szenarien auf der internationalen Ebene eröffnet: die Konfrontation mit den USA, dem zur Zeit stärksten Imperialismus auf globalem Niveau, und die Annäherung an andere, aufstrebende Kräfte wie China, Brasilien, Indien und Südafrika (die so genannten BRICS-Staaten). Das führt zu großen Verwerfungen in der bisherigen politischen und ökonomischen Weltsituation. Deshalb kann man heute sagen, dass Russland, genauso wie China, die Hauptfeinde der unipolaren Weltvorstellung der Yankees ist, die sich seit 1989 manifestiert hat in den barbarischen Kriegen im früheren Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan, in Libyen, in Syrien usw.

Wie ist diese Situation entstanden? Sie resultiert zunächst einmal aus der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus, zudem aus der Krise 2008, die schwere Auswirkungen auf die imperialistischen Zentren, also die USA, EU und Japan hatte, während die neu gruppierten BRICS-Staaten ein rapides Wachstum erlebten, auch wenn es da große Unterschiede zwischen ihnen gab. Das hat dazu geführt, dass sie jetzt eine neue internationale Bank gegründet haben, eine Alternative zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank, wodurch Bretton Woods nach 70 Jahren gekippt wurde.

Wir Kommunisten können die mit den BRIS-Staaten in den letzten Jahren entstandene neue Situation mit einer neuen internationalen Arbeitsteilung, mit internationalen Konzernen, die in einigen dieser Ländern entstanden sind, mit den Abhängigkeiten und manchmal auch Unabhängigkeiten dieser Länder von anderen nicht beschreiben als eine Situation von „zwei Welten“, die sich nun gegenüber ständen, sondern wir müssen sie beschreiben als eine Situation, in der alte und neue monopolkapitalistische Mächte sich den Platz an der Spitze der imperialistischen Pyramide streitig machen.

Um zu wiederholen, was wir oben schon ausgeführt haben: die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus und damit auch der imperialistischen Zentren, die interne Dynamik des Kapitalismus führt zur Zeit zu einer Verlangsamung der Entwicklung in denjenigen imperialistischen Ländern, die unter der Krise von 2008 und der allgemeinen Krise des Kapitalismus besonders leiden. Die Geburt der BRICS-Bank kann nur verstanden werden im Zusammenhang mit den dynamischen Veränderungen im weltweiten Rohstoffhandel, dem Preisverfall der Rohstoffe, der Erosion der Großinvestitionen der imperialistischen Zentren in diesen Ländern und in deren Entwicklung, was für die schwächeren Länder unmittelbar bedeutet, in Schulden unterzugehen oder sich zu emanzipieren von der wirtschafts- und finanzpolitischen Kontrolle durch die USA mittels Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Stattdessen versuchen sie, neue politische und ökonomische Strategien zu entwickeln, um die Verluste, die sie u.a. auf dem europäischen Markt hinnehmen müssen, auszugleichen und die gegenseitige Zusammenarbeit zu stärken, ihre jeweiligen Märkte zu entwickeln und ein größeres Gewicht im internationalen Rahmen zu erreichen.

Die UNCTAD⁶-Daten für die Jahre von 2000 bis 2012 zeigen, dass der Zustrom von FDI⁷ (ein sehr wichtiges Kriterium für die Internationalisierung der Produktion) in die BRICS-Staaten sich mehr als verdreifacht hat und nach der Krise 2008 im Jahr 2012 knapp 20 % der weltweiten Auslands-Investitionen ausmachte – verglichen mit 6 % im Jahr 2000. Gleichzeitig sind die BRICS-Staaten auch wichtige Investoren geworden, ihre direkten Auslandsinvestitionen entwickelten sich von 7 Milliarden Dollar im Jahr 2000 zu 126 Milliarden Dollar im Jahr 2012, das sind 9 % des weltweiten Volumens. Vor zehn Jahren waren es nur 1,1 % gewesen.

China ist der größte Auslands-Investor der BRICS-Staaten und der drittgrößte weltweit, und 46 % der Auslandsinvestitionen, die in den BRICS-Staaten getätigt wurden, gingen nach China, gefolgt von Brasilien (25 %), Russland (17 %) und Indien (10 %). Der größte Teil der Auslandsinvestitionen der BRICS-Staaten ging in entwickelte Ökonomien, vor allem in die EU (34 %). Ein weiterer wichtiger Empfänger der Auslandsinvestitionen der BRICS-Staaten ist Afrika.

Die Expansion der russischen multinationalen Konzerne nach Afrika steigt rapide. Russland ist der größte Produzent von Aluminium weltweit und ist wegen der Rohstoffe präsent in Angola, Guinea, Nigeria und Südafrika, ebenso expandieren Banken nach Afrika wie die Vneshtorgbank, die in Angola, Namibia und der Elfenbeinküste

⁶ United Nations Conference for Trade and Development (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung)

⁷ Foreign Direct Investment (Direkte Auslandsinvestitionen)

Stützpunkte eröffnete, während Renaissance Capital 25 % der Eco-Bank hält, der größten Bank Nigerias.

Diese Entwicklung wird charakteristisch sein für die nächsten Jahre (mit der BRICS-Bank).

Diese Ereignisse sind in der Hinsicht positiv zu bewerten, als sie die weltpolitisch dominierende Stellung der USA schwächen und damit neue Möglichkeiten der Diplomatie und auch der diplomatischen Konfrontation schaffen, die sehr nützlich sein können. Zum Beispiel verhinderte die russische und chinesische Opposition gehen eine UN-„Friedensmission“ in Syrien die Wiederholung eines Szenarios, wie es ein paar Jahre vorher in Libyen stattfand. Das ermöglichte der syrischen Regierung, gegen die islamistischen Söldnern, die von den USA und anderen imperialistischen Mächten unterstützt wurden, wichtige Erfolge zu erzielen.

Das sind Indikatoren für einen Wandel im internationalen Kräfteverhältnis. Aber es sind keine Indikatoren für Hoffnungen auf einen neuen Anlauf zum Sozialismus.

Frank Flegel: Schlussfolgerungen zum Charakter und zur weltpolitischen Rolle Russlands

Bei der Analyse Russlands müssen wir vorgehen wie bei der Analyse jedes anderen Staates – orientiert an Marx. Dieser schrieb in der Einleitung zu seinem Werk „Zur Kritik der politischen Ökonomie“: *„Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln. ...Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt.“* (Marx-Engels-Werke Bd. 13, S.8)

Die ökonomischen Verhältnisse bestimmen die Rechtsverhältnisse und die Staatsformen. Im Falle Russland heißt das, sowohl die allgemeine Verfasstheit der russischen Ökonomie zu begreifen wie auch die besondere Situation, in der Russland sich befindet erstens als ein ehemals industriell und militärisch recht hoch entwickelten sozialistisches Land und zweitens als ein Gegenpol gegen die bisher führenden imperialistischen Mächte, also vor allem den USA und BRD-EU. Diese Rolle des Gegenpols muss konkret analysiert werden, denn wir müssen herausfinden, aus welchem Grund

es zu den Spannungen zwischen USA/BRD-EU einerseits und Russland andererseits gekommen ist und warum diese sich verschärfen.

Russland war zur Jelzin-Zeit ein Fast-Leichnam, der von den imperialistischen Hauptmächten nach Belieben ausgeschlachtet werden konnte. Das war genau nach dem Geschmack der Imperialisten. Aber die neue russische Bourgeoisie entwickelte sich, wurde ein eigenständiger Faktor und säuberte sich, indem die größten „Ausverkäufer“ kalt gestellt wurden. Dieser Prozess führte zu einer Erstarkung des russischen Staates, ja der Staat war eins der Mittel, diesen Prozess überhaupt durchführen zu können. Das mag den einen oder anderen geblendet haben, so dass oft die Rolle Putins überbewertet wurde und wird.

Wir können festhalten: In Russland haben wir es nicht mehr mit einer so genannten Kompradoren-Bourgeoisie zu tun, sondern mit einer neu entstandenen, starken nationalen Bourgeoisie, die die Rohstoffe, die Produktion, die Finanzmärkte, den Welthandel und die internationale Politik selbstbewusst und im eigenen Interesse gestaltet. Russland ist ein kapitalistisches Land, welches (wie Emiliano Cervi und Salvatore Vicario eindrücklich anhand russischer Wirtschaftsdaten nachgewiesen haben) die von Lenin aufgestellten Kriterien für die imperialistische Phase der kapitalistischen Entwicklung erfüllt. Russland ist, ob einem das gefällt oder nicht, ein imperialistisches Land – in einer sehr speziellen Situation.

Diese Entwicklung Russlands musste unweigerlich zu Widersprüchen mit den imperialistischen Hauptländern führen. Dem entsprechend tun diese alles dafür, Russland zu schwächen – und das mit allen Mitteln. Da gibt es sowohl die Versuche des Sturzes der Regierung, die Erpressung und das Durchführen irgendwelcher farbigen „Revolutionen“ in Ländern, die mit Russland zusammenarbeiten, da gibt es Versuche, Russland militärisch zu schwächen (siehe die Krim und den Militärstützpunkt Sewastopol – was Russland in diesem Fall zu verhindern wusste), da gibt es Wirtschaftssanktionen und so weiter. Die USA haben die Sichelstrategie entworfen, d.h. eine Strategie, NATO-hörige Regierungen in den Staaten südlich und westlich Russlands zu installieren und dort Militärpräsenz aufzubauen. Man muss sich darüber klar sein, dass die NATO grundsätzlich auch einen Krieg mit Russland führen würde.

Dieser Strategie der Spannung und der wirtschaftlichen Erpressung versucht Russland mit unterschiedlichen Mitteln entgegen zu wirken: Eigene Aufrüstung, insbesondere bei der Flugabwehr, Militärhilfe für Staaten, die der Komplettierung der Sichel im Wege stehen (wie Syrien), Abkehr vom Dollar als Weltwährung und seine Ersetzung durch einer alternative Leitwährung, Aufbau von Wirtschafts- bzw. Handelsbündnissen (z.B.: BRICS, Schanghai) abseits der den Weltmarkt beherrschenden Institutionen wie Weltbank, IWF, WTO, die allesamt unter Kontrolle der imperialistischen Hauptländer stehen. Das verstärkt die Spannungen, obwohl Russland eine nicht zuspitzende

Außenpolitik den USA und der EU gegenüber betreibt, denn das sind Bündnisse und Organisationen, die eindeutig in Konkurrenz zu den gerade Genannten stehen. Und das wollen USA/EU nicht tolerieren, sondern – wenn möglich – Russland ihren Willen aufzwingen.

Insofern, als Staaten, die von den imperialistischen Hauptmächten nicht als Ausplünderung und Abhängigkeit zu erwarten haben, in den neu geschaffenen Bündnissen bessere Entwicklungsmöglichkeiten haben, hat Russland aktuell eine fortschrittliche weltpolitische Funktion.

Aber Russland ist kein sozialistisches Land, und Russland ist auch kein Land, das sich in eine „nicht kapitalistische Richtung“ entwickelt, wie Brigitte Queck schreibt.

Ich halte es für ziemlich dramatisch, dass so viel Wunschenken existiert. Dabei muss uns doch klar sein: *„Der erste Faktor also, den Kommunisten analysieren müssen, ist die ökonomische Struktur eines Landes“ (Emiliano Cervi und Salvatore Vicario).* Und diese ist im Falle Russlands eindeutig.

DKP

Fritz Dittmar: Wie weiter mit der DKP nach dem 21. Parteitag?

Im Vorfeld:

Gewisse Klärungen gab es bereits vor dem Parteitag: Der Streit mit dem „Netzwerk“ ist durch den Austritt der führenden Mitglieder dieser Strömung abgeschlossen. Sie haben diesen Schritt vollzogen, nachdem sie sich geweigert haben, Parteibeschlüsse (Kandidatur zur Bundestagswahl) umzusetzen, obwohl die Parteiführung ihnen viele Brücken zum Verbleib in der Partei gebaut hat. Allerdings sind viele ihrer Anhänger noch in der DKP geblieben. Sie finden zwar deren Bruch der Beschlussverbindlichkeit falsch, teilen aber weiter deren inhaltliche Positionen. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit dem rechten Opportunismus nicht auf Dauer beendet, so wie sie es in einer kommunistischen Partei nie ist.

Leider sind auf der anderen Seite eine Reihe (junger) Genossen (nach links) ausgetreten, weil sie keine Aussicht für die Klärung grundsätzlicher Strategiefragen unter der jetzigen Führung mehr gesehen haben.

Der Parteitag:

Durchgesetzt hat sich die „zentristische“ Führung unter Patrick Köbele. Sie hat den revisionistischen Gehalt der Losung „antimonopolistische Demokratie“ kritisiert und abgelehnt (ein am Schreibtisch ausgedachter Übergangsstaat eines Klassenbündnisses der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten, bis einschließlich der nicht-monopolistischen Bourgeoisie).

In der Diskussion im Vorfeld hatten einige Genossen überzeugend dargelegt, dass in allen Fragen des Klassenkampfes die Arbeiterklasse demselben Gegner gegenüber steht, nämlich dem Kapitalisten, gleichgültig ob Monopolist oder Nicht-Monopolist. Andere hatten noch erörtert, ob in den Fragen von Krieg und Faschismus vielleicht die nicht-monopolistische Bourgeoisie in einen Gegensatz zu den Monopolen geraten könnte. Aber weder die historischen Erfahrungen mit der nicht-monopolistischen Bourgeoisie, noch deren heutige Interessenlage in Bezug auf Faschismus und Krieg zeigen wesentliche Differenzen zu den Monopolen. Im beschlossenen Leitantrag ist deshalb klargelegt, dass eine antimonopolistische Demokratie eine falsche Losung ist, die nur Illusionen schaffen kann. Hierin ist Patrick zuzustimmen.

Auf der antimonopolistischen Strategie beharrt er aber und weist Kritik daran klar zurück. Er fordert, den dieser Strategie zugrundeliegenden, „in Jahrzehnten bewährten“ Kurs beizubehalten. Dahinter gehört für mich ein großes Fragezeichen. Wir haben uns zu dieser Strategie bekannt und sind dabei nicht untergegangen, sondern nur schwächer geworden. Ist das ein Beleg für erfolgreiche Strategie? Unseren breitesten Masseneinfluss hatten wir Anfang der Achtziger Jahre mit dem Krefelder Appell gegen die Mittelstreckenraketen. Damals haben wir eher an Türen geklingelt, hinter denen wir keine nicht-monopolistische Bourgeoisie vermutet haben.

Welchen Zweck in der Strategie soll es haben, beständig darauf hinzuweisen, dass innerhalb der feindlichen Klasse eine Schicht, die Monopolisten, noch gefährlichere Feinde sind als die anderen. Wenn diese Einsicht keine benennbare Auswirkung auf die Praxis hat, würde das von den Kollegen höchstens als Besserwissererei wahrgenommen.

Wie nun weiter?

Warum und auf welche Weise sucht Patrick dann aber weiter Streit mit der Parteilinken? Einen Hinweis gibt die UZ vom 16. März. Dort wird ein zehn Jahre alter Artikel von Robert Steigerwald nachgedruckt, der sich mit den „Säuberungen“ in der SU zu

Stalins Zeiten auseinandersetzt. Warum gerade jetzt? Ein offensichtlicher Anlass ist nicht zu erkennen, kein aktuelles Buch ist gerade erschienen, das zum hundertsten Mal „beweist“, wieviel schlimmer als der Faschismus doch Stalins Herrschaft war.

Steigerwald verlangt die Verurteilung von Stalins Verbrechen, um den Zugang zu jungen Menschen zu ermöglichen. Wenn diese Verbrechen das Haupthindernis für sie wäre, wäre zu klären, warum sie dann nicht in die Linkspartei strömen, die wahrhaftig ein Übersoll an Distanzierung und Verurteilung geleistet hat. Ich erinnere nur an ihre unsäglich Gedenktafel für „die Opfer des Stalinismus“ vor der Gedenkstätte der Sozialisten.

Ich denke, das Haupthindernis für junge Menschen ist die fehlende überzeugende Antwort auf die Frage, warum der „Realsozialismus“ gescheitert ist. Sie wollen wissen, was die DKP in Zukunft anders zu machen gedenkt. Mit Recht fordern sie die von Marx für die Zeit nach Niederlagen geforderte Analyse ein: „proletarische Revolutionen...kommen auf das scheinbar vollbrachte zurück,...verhöhnern grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, bis...die Verhältnisse selbst rufen:...hic rhodus, hic salta, hier ist die Rose, hier tanze...“ (Karl Marx)

Statt dieser grausam-gründlichen Selbstkritik ist zur „Wende“ von der DKP nur hilfloses Gestammel geleistet worden. (Der Feind war eben zu stark, es fehlte die Demokratie, die Planung der Wirtschaft war an Grenzen gekommen, die Meisterung der Elektronik konnte nicht in der Planwirtschaft gelingen, die Verbrechen und Fehler Stalins haben sich (mit einer Verzögerung von einer Generation!) gerächt.) In der offen-siv ist dazu oft genug und überzeugend argumentiert worden, dass der Sieg des Revisionismus in den Kommunistischen Parteien die letzte Ursache für die Niederlage ist.

Wie ist in dieser Lage die Perspektive der DKP?

Die jetzt gewählte Führung setzt auf verstärkte Aktivierung und Mobilisierung der Genossen. Das ist im Prinzip auch richtig. Ohne dass mehr DKP-Mitglieder ihre Resignation und Passivität überwinden und sich „an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen“, werden Stagnation und Schrumpfung weiter gehen. Auf Dauer gelingen kann das aber nur, wenn sie „im Sumpf“ unter den Füßen festen Grund finden. Und dieser feste Grund kann nur in der Besinnung auf den Marxismus-Leninismus und der Sieg über den Revisionismus sein.

Fritz Dittmar, Hamburg

Fritz Dittmar: Leserbrief/Diskussionsbeitrag, Betr.: Steigerwald: „Koba, wozu brauchst Du meinen Tod?“⁸

Offenbar meint die UZ-Redaktion, die DKP sollte so alle zehn Jahre mal Asche auf ihr Haupt tun. So veröffentlicht sie heute⁹ noch einmal einen alten Artikel von Robert Steigerwald, der letzten Endes wieder einmal das alte Lied singt: „Stalin ist Schuld.“

Robert meint, wenn wir uns weigern, in diesen Chor einzustimmen, „*stellen wir riesige Hürden zwischen uns und jenen vor allem jungen Menschen auf, die wir für uns gewinnen wollen.*“ Ich meine, ob wir in dem Chor mitsingen, kann für uns nicht davon abhängen, wie das beim Publikum ankommt, sondern davon, wo die Wahrheit liegt. (Nebenbemerkung: auch die Kräfte am rechten Rand unserer Partei, die in diesem Chor eifrig mitsingen, werden nicht gerade von neu gewonnenen Kräften überschwemmt.)

Warum sollten sich die jungen Menschen von denen lösen, die dank ihrer Medienmacht deren Bild der Vergangenheit geprägt haben, wenn wir dieses falsche Bild bestätigen?

Robert listet vier Fehler auf, die wir vermeiden sollten. Dazu jetzt der Reihe nach:

1.- Die Weigerung, die Fakten anzusehen, würde zur „*ideologischen und politischen Entwaffnung unserer Reihen*“ führen. Das ist so wahr wie trivial. Die Frage ist nicht, was die Fakten sind, sondern wie sie zu werten sind. Einschränkend meint Robert, wenn die Betrachtung der Fakten „*in antikommunistischer Manier*“ stattfände, sogar „*unter einem Riesenschwall von Lügen*“, dann wäre der Vorwurf des Defaitismus berechtigt, wenn wir uns daran beteiligen. Dem entsprechend skizziert er die staatlichen Interessen der Westmächte, der Faschisten und der Sowjetunion vor dem Weltkrieg. Diese Darstellung teile ich. Ich hätte mir gewünscht, dass er schon 2011 dem unsäglichen Artikel „Stalin, der Verräter bist du“ des Anonymus hth in kommunisten.eu in dieser Weise widersprochen hätte. Allerdings läuft es bei Robert darauf hinaus, um Nachsicht für Stalins Strategie zu werben, anstatt zu betonen, dass Stalins Handeln in dieser Lage richtig und notwendig war. Stattdessen schließt er sich der antikommunistischen Sichtweise auf Stalin an: „*es gab wirklich eine Paranoia*“ (Also, Stalin war geisteskrank). Was Robert dazu schildert, die Wahl zwischen einem

⁸ Fritz Dittmar bat uns, seinen Leserbrief, der eigentlich an die UZ adressiert ist, zu bringen, weil die UZ den Abdruck verweigert hat.

⁹ Der Leserbrief wurde geschrieben am 18. März 2018

Krieg gegen Deutschland bei Neutralität der Westmächte, oder „Zusammenarbeit“ mit Nazideutschland, ist keine Paranoia, sondern ein Dilemma.

2.- „Die Tuchatschewski-Affäre hat die Rote Armee zu furchtbaren Opfern und das Land fast an den Rand des Zusammenbruchs geführt.“ Die Säuberung des Militärs hat fünf Jahre vor dem deutschen Überfall stattgefunden. Dass die damals gerissenen Lücken nicht hätten geschlossen werden können, bleibt bei Robert eine Behauptung ohne Beleg. Sicher war Tuchatschewski eine herausragende militärische Begabung. Aber auch Marschall Schukows Leistung war seit der Schlacht um Stalingrad unumstritten. Näherliegende Erklärungen für die Anfangserfolge der Wehrmacht liegen wohl in folgenden Aspekten

- Zu Beginn des Russlandkriegs standen fünf Millionen Rotarmisten acht Millionen Soldaten der Wehrmacht und ihrer Verbündeten gegenüber.
- Die Faschisten hatten den Vorteil des Überraschungsangriffs ohne Kriegserklärung auf ihrer Seite.
- Ihnen standen die Ressourcen von ganz Kontinentaleuropa unmittelbar oder als Unterstützung zur Verfügung.
- Die Wehrmacht hatte gegenüber der Roten Armee zwei Jahre Erfahrung in moderner Kriegführung voraus, insbesondere das Operieren mit großen, selbständigen Panzerarmeen.
- Die vorherigen Gegner, Polen, Jugoslawien, Norwegen, Griechenland konnte die Wehrmacht in kurzer Frist und mit geringen Verlusten besiegen, ebenso wie die verbündeten Armeen von Briten und Franzosen. Alle diese Armeen waren nicht von vorherigen Säuberungen des Militärs geschwächt.

So gesehen ist Roberts monokausale Erklärung der anfänglichen Wehrmachtserfolge in einem Grad unverständlich, dass ich vermute, es ist Robert darum gegangen, die Säuberung im Militär einfach als furchtbar schädliche Aktion zu verurteilen. Wenn aber auch nur ein begründeter Verdacht auf Illoyalität führender Militärs bestand, waren Säuberungsmaßnahmen unvermeidlich.

3+4).- „Wer schweigt“, zeigt „schlechtes Gewissen“: Sehr richtig! Deshalb laut und deutlich: Wer Hitlers „Generalplan Ost“ kennt (u.A. die Vernichtung von 85% der russischen und polnischen Bevölkerung), ist verpflichtet, klar zu stellen, dass angesichts dieser realen Drohung mit Völkermord im Umfang von ca. fünfzig Mal (!) Auschwitz jede Maßnahme zur Stärkung der Widerstandskraft der SU unbedingt berechtigt war, gleichgültig, wieviel individuelles Unrecht sie einschloss. Beim Schreiben merke ich, wie furchtbar das klingt. Aber es bleibt weniger furchtbar, als den „Generalplan“ in Kauf zu nehmen, um eigenes Unrecht zu vermeiden. Damit

genug von der abstrakt geführten moralischen Erwägung. Wem das Schicksal der Menschen gleichgültig ist, wenn er nur seine eigene moralische Unversehrtheit behält, der soll sein Ego weiter pflegen und uns in Ruhe lassen.

Zu diskutieren bleibt die Frage, ob Stalins Säuberungen der Stärkung der SU für den unvermeidlichen Krieg gegen die Faschisten gedient oder geschadet haben. Für die Säuberung im Militär wollte ich unter 2) zeigen, dass dadurch keine entscheidende Schwächung eingetreten ist, die zur Niederlage geführt hätte. Versuche von Militärführern, Verrat zu üben, hätten dagegen unermesslichen Schaden bis hin zur Niederlage bewirken können.

Und die Parteisäuberung? Für Verschwörungen innerhalb der SU mögen tatsächlich keine Beweise außer den Geständnissen vorliegen. Ist damit aber klar, dass es sie nicht gab? Was es gab, waren Anhänger Bucharins und Trotzki in Parteifunktionen, und es gab Trotzki's Buch „Die verratene Revolution“, in dem er erklärt, im Fall eines Kriegs müssten die Bolschewiki die Regierung stürzen (und dann den Krieg „auf revolutionäre Art“ weiterführen.(?)) Und was es auch gab, war vierzig Jahre später ein Generalsekretär, der sich nach seinem Sturz durch den Säuberer Jelzin damit rühmte, sein Lebensziel sei die Zerstörung des Kommunismus gewesen. Nach dieser Erfahrung sollten Kommunisten sich mit den Bezeichnungen „Paranoiker“ oder „Verschwörungstheoretiker“ bedeckt halten.

Fünfte Kolonnen des Faschismus hat es in vielen Ländern gegeben. In der SU hätten sie eine verhängnisvolle Rolle spielen können.

Ich empfinde Trauer um alle Genossen, die unschuldig in das Mahlwerk der Säuberung geraten sind. Ähnlich verstehe ich auch die von Robert zitierten Äußerungen von Molotow und auch von Stalin selbst.

Dennoch blieb die alles entscheidende Frage in der damaligen Weltlage: Siegen oder zermalmt werden. Und die Genossen (unter Stalins Führung!) haben damals gesiegt und die Welt gerettet.

Fritz Dittmar, Hamburg

MLPD

Kurt Gossweiler: Brief an die MLPD¹⁰

Werter Genosse Briese,

zuerst muss ich mich bei Dir dafür entschuldigen, dass ich erst jetzt dazu komme, Dir die lange versprochene Antwort auf Deinen Brief zu senden. Vergessen habe ich dieses Versprechen aber nie, aber es kam immer wieder zu viel dazwischen, das keinen Aufschub duldete.

Dein Brief fordert eine gründliche Antwort und eine fundierte Begründung meines Widerspruchs zu Deiner und Deiner Partei Positionen in grundsätzlichen Fragen.

Vorher aber ein paar Bemerkungen darüber, wie ich auf Euch aufmerksam wurde, und was ich an Eurer „Roten Fahne“ schätze. Erstmals fiel mir Euer Stand bei der Liebknecht-Luxemburg-Demo in Friedrichsfelde im Januar 1991 auf. Mein Interesse hat Euer Emblem mit den fünf Köpfen erweckt. Ich sagte mir, wer ein solches Emblem wählt, der müsste mit mir gemeinsam haben, dass er ein Gegner des Revisionismus ist. Ich kaufte mir deshalb einige der dort angebotenen Materialien und abonnierte Eure Zeitung, einesteils aus dem Wunsch, mich über Eure Positionen zu informieren über einen längeren Zeitraum hinweg, zum anderen aus Solidarität mit Eurem Antirevisionismus. Was ich bei Euch bemerkenswert finde, ist erstens Eure zielstrebige Jugendarbeit, zum anderen die starke Orientierung auf die Betriebsarbeit.

Aber wie Du ja aus meiner Zuschrift an die Zeitung, die Deine Antwort provoziert hat, weißt, kann ich mich mit einigen Grundpositionen der MLPD nicht anfreunden. Mit welchen und warum, Dir das zu sagen bin ich Dir aufgrund Deines ausführlichen Briefes an mich schuldig.

Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr, seit 1931, in der kommunistischen Bewegung organisiert; daher geht es mir heute darum, was in meinen Kräften steht dazu beizutragen, dass die Kommunisten in Deutschland, die jetzt in zwei Hauptparteien – der PDS und der DKP – und in einer viel zu großen Zahl kleinerer Organisationen verstreut sind, Kontakt miteinander aufnehmen und diesen ausbauen, um sich über eine

¹⁰ Es handelt sich um einen Brief Kurt Gossweilers vom 6.11.1994. Dieser Brief kursiert leicht gekürzt auch im Internet. Aus ihrer Korrespondenz mit Kurt Gossweiler hat uns Ursula Münch eine Kopie dieses Briefes zugesandt. Wir veröffentlichen ihn hier aus zwei Gründen: erstens, weil wir mehrere Anfragen bekommen haben mit der Bitte um eine Analyse/Einschätzung der MLPD und zweitens, weil der Brief ungekürzt bisher nicht erhältlich war.

Zusammenarbeit zu verständigen, aus der heraus in einem mehr oder weniger langen Prozess wieder eine gemeinsame Kommunistische Partei Deutschlands erwachsen kann und muss.

Die MLPD könnte und müsste dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Doch so, wie sie heute beschaffen ist, ist sie dazu – wie ich es sehe – leider nicht imstande. Die Gründe sehe ich genau in den Ansichten, die Du in Deinem Brief zu begründen suchst.

Du schreibst: *„Du weißt, dass die MLPD der Auffassung ist, dass in der DDR der Kapitalismus restauriert worden ist und eine Form des bürokratischen Kapitalismus geherrscht hat.“*

Ja, das weiß ich, und ich weiß auch, dass diese Auffassung abgeleitet ist von der Einschätzung der Sowjetunion als eines sozialimperialistischen Staates seit dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956. So steht es doch in Eurer Schrift „Sozialismus am Ende?“ auf S. 32: *„...im Februar 1956 (gelang es) der Chruschtschow-Clique auf dem XX. Parteitag der KPdSU..., die Macht zu usurpieren und auf dieser Grundlage eine Restauration des Kapitalismus durchzusetzen...Es war das ein Kapitalismus neuen Typs: ein bürokratischer Kapitalismus!“* Und im Grundsatzprogramm der MLPD von 1982 heißt es im Abschnitt C, Punkt 4: *„Die Sowjetunion...ist heute neben den USA der mächtigste Hort der weltweiten Reaktion, Ausbeutung und imperialistischen Kriegsvorbereitung.“*

Darüber, dass mit Chruschtschow ein Exponent des modernen Revisionismus sich an die Spitze der KPdSU gemogelt hat, dessen Ziel die Restauration des Kapitalismus war, gibt es zwischen uns keine Meinungsverschiedenheiten. Das argwöhnte und befürchtete ich ziemlich bald nach dem 20. Parteitag; dessen war ich mir sicher nach der ungarischen Konterrevolution vom Herbst 1956. Aber genauso sicher war ich mir auch, dass die Chruschtschow-Clique nicht die ganze KPdSU war; Chruschtschows Machterschleichung bedeutete eine große Gefahr für den Sozialismus, aber noch keineswegs die Liquidierung des Sozialismus und die Umwandlung der Sowjetunion in einen kapitalistischen Staat.

Eure gegenteilige Behauptung steht im Widerspruch zu den Tatsachen, ist deshalb auch theoretisch unhaltbar und hat die verhängnisvollsten Folgen für Eure Position im Klassenkampf. Diese Eure Position wirft überdies Fragen auf, auf die Ihr eine überzeugende Antwort schuldig bleiben müsst.

Nach Eurer Ansicht genügt ein Personenwechsel an der Spitze und ein Parteitag, um die Ergebnisse der bisher gewaltigsten Revolution der Menschheitsgeschichte von 36 Jahren Sowjetmacht zunichte zu machen.

Wenn ich das für möglich halten soll, dann muss ich entweder an Wunder glauben, oder aber ich muss annehmen, dass der Sozialismus vor dem 20. Parteitag bereits so unterminiert war, dass er quasi über Nacht ohne jedwede konterrevolutionäre Gewaltanwendung weggepusht werden konnte. Dann wäre aber der Beginn der restaurativen Entwicklung nicht erst beim 20. Parteitag und bei Chruschtschow anzusetzen, sondern schon – wie das die Trotzlisten seit eh und je tun – bei Stalin.

Das wollt Ihr nicht, und das zu Recht. Aber dadurch geratet Ihr in eine Art Erklärungsnotstand. Den versucht Ihr zu überbrücken mit der Feststellung, Stalin hab einen großen Fehler gemacht: er habe die ideologische Arbeit vernachlässigt und nicht stark genug gegen die Bürokratie gekämpft. Damit habe er zugelassen, dass in Gestalt der „Bürokratie neuen Typs“ eine neue Bourgeoisie (!) entstanden sei, die auf dem 20. Parteitag die Macht usurpiert und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion durchgesetzt habe. Seitdem sei die Sowjetunion – und seien alle mit ihr verbündeten Länder des RGW und des Warschauer Paktes – keine sozialistischen Länder mehr gewesen, sondern Staaten eines neuen Typs von Kapitalismus, des „bürokratischen Kapitalismus“. Dies ist die Lehre, die Euer Klassiker Willi Dickhut verkündet hat, und die für Euch gewissermaßen das Herzstück Eures besonderen Parteiverständnisses ist.

Aber lange vor Willi Dickhut haben die Trotzlisten in der „Sowjetbürokratie“ die neue Kapitalistenklasse „entdeckt“. Die fatalste Konsequenz dieser Eurer Position ist es, dass Ihr dank dieser „Lehre“ in einer Front mit dem Trotzismus und dem Imperialismus im Kampf gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder standet.

Was ist das nun für ein „neuer Kapitalismus-Typ“, der in der Sowjetunion und auch bei uns in der DDR geherrscht haben soll? Eine genaue Untersuchung ergibt zweifelsfrei, dass dies in der Tat ein ganz neuer Typ Kapitalismus ist, einer nämlich, dem alle wesentlichen Merkmale des Kapitalismus fehlen!

Bisher jedenfalls waren sich die Marxisten einig, dass der Kapitalismus jeglicher Spielart und jeglichen Typs sich durch einige Grundzüge auszeichnet, zu denen unbedingt gehören:

1. Ziel der Produktion ist die Erzielung von Mehrwert bzw. Maximalprofit. Deshalb kann von Kapitalismus nur dann gesprochen werden, wenn der erzielte Profit nicht nur dem privaten Konsum der Eigentümer der Produktionsmittel dient, sondern erneut als Kapital angelegt wird – sei es in der Produktion, sei es in Wertpapieren.

Ferner: Kapitalismus bedeutet Konkurrenzkampf, national und international. Um ihn zu bestehen, muss das Kapital ständig um die Erhaltung einer hohen Akkumulationsrate zwecks Innovation und Erneuerung des Produktionsapparates auf hohem Niveau

bemüht sein. Darum ist das Kapital ständig bemüht, die Lohnkosten zu senken ohne Rücksicht auf die Lebenshaltung der Lohnabhängigen, der Arbeiter und Angestellten.

Was aber fanden wir in den sozialistischen Ländern vor?

Für sie war charakteristisch, dass die Akkumulationsrate in den letzten Jahrzehnte ständig gekürzt wurde zugunsten des Konsums, der Subventionierung der unter den Unterhaltskosten liegenden Mieten, Fahrpreise, Preise für Grundnahrungsmittel, Kultureinrichtungen, Gesundheitswesen, Kindergärten, kostenloser Abgabe von Schulbüchern, usw. usf.

Das alles kann Euch ja nicht unbekannt geblieben sein. Aber habt Ihr Euch nicht die Frage gestellt: was ist das für ein merkwürdiger Kapitalismus, der zugunsten der Lebenshaltung der Bevölkerung die Akkumulationsrate kürzt?

2. Zum Kapitalismus jeglichen „Typs“ gehört die anarchische Produktion, die Regulierung der Produktion im Nachhinein, durch den „Markt“, ungeachtet der ausgefeilten Planung innerhalb der Konzerne. Der Maximalprofit als Ziel der Produktion schließt eine gesamtstaatliche Planung aus.

Wo, wie in den sozialistischen Staaten, die Lenkung der Produktion nicht auf diesem Wege, im Nachhinein durch den Markt, sondern durch einen gesamtstaatlichen Plan erfolgt, dessen Planziele die Erzeugung von Gebrauchswerten, nicht aber der Maximalprofit sind, kann von Kapitalismus schlechterdings nicht gesprochen werden.

3. Zum Kapitalismus gehört unabdingbar die Verwandlung buchstäblich von Allem zum Leben Notwendigen und aller Produktionsfaktoren in Waren, also auch der menschlichen Arbeitskraft – und sogar der Menschen selbst. Wo die Arbeitskraft eine Ware ist, kann es natürlich kein Recht auf Arbeit geben, ebenso wenig wie ein Recht auf Wohnen, denn der Boden und die Wohnungen sind Waren und damit Spekulationsobjekte zur Erzielung von Höchstprofiten.

Wo es jedoch diese Rechte gibt – und zwar nicht nur auf dem Papier – da kann wiederum von keinerlei Kapitalismus die Rede sein.

In den sozialistischen Ländern gab es diese Rechte; Arbeits- und Obdachlosigkeit waren bis zur „Rückwärtswende“, bis zum Sieg der Konterrevolution, dort Fremdworte. Der Boden war keine Ware, er wurde – soweit er gesellschaftliches Eigentum war – zu minimalstem Entgelt zur Nutzung überlassen; Wälder und Gewässer waren Allgemeingut, kein Privatbesitz wie in der BRD und nun auch wieder auf dem Territorium der DDR.

4. Welchem Gebiet wir uns auch zuwenden: der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Kultur, dem Gesundheitswesen – in allen sozialistischen Ländern – sogar in den meis-

ten vom Revisionismus erfassten Polen und Ungarn – werden wir vergeblich danach suchen, dass auf ihnen das herrschende Prinzip das der kapitalistischen Profitmacherei gewesen ist. Die Staatspolitik war selbst in diesen Ländern noch entscheidend gebunden an die Prinzipien der möglichst umfassenden – natürlich in Abhängigkeit von den materiellen Möglichkeiten – und möglichst preiswerten Versorgung der Bevölkerung mit allem Lebensnotwendigen.

Es genügt, sich hinsichtlich der DDR die Veränderungen vor Augen zu führen, die seit ihrer Einverleibung in die imperialistische BDR - von Euch freudig als „Wiedervereinigung“ begrüßt! - vor sich gegangen sind, etwa die radikale Reduzierung der öffentlichen Büchereien, die massenhafte Schließung von Polikliniken, Kindergärten und Krippen, die Beseitigung der kostenlosen Gesundheitsbetreuung, die exorbitanten Preissteigerungen besonders bei den Mieten und, und, und, – um zu erkennen, dass uns ein völlig anderes gesellschaftliches System übergestülpt wurde – zu Ungunsten der Bevölkerung, zugunsten der kapitalistischen Banken und Konzerne, der Versicherungsunternehmen, der Pharmaindustrie, der großen Medienmogule, der Miethäuser und Grundstückspekulanten und all der anderen, die sich an der „Heimholung“ der DDR gesundgestoßen haben und noch gesundstoßen. (Ach fast hätte ich sie noch vergessen: die lieben „Altbesitzer“ der brandenburgischen, mecklenburgischen und vorpommerschen Wälder und Seen, die Herren Fürsten und Grafen, die Junker derer von und zu... die kriegen wir nun alle wieder, und sie kriegen ihre Ländereien wieder, dank der von Euch so sehr begrüßten Beseitigung der „staatskapitalistischen“ DDR!)

5. Zuletzt noch ein Blick auf die Außenpolitik: für die Außenpolitik kapitalistischer Länder ist kennzeichnend, dass sie ihre Konkurrenzgegensätze zurückstellen und sogar vergessen, wenn es darum geht, eine ihnen allen drohende Gefahr revolutionärer Entwicklungen irgendwo zu verhindern oder zu beseitigen. Gegen revolutionäre, antiimperialistische Bewegungen oder gar antiimperialistische Regierungen sind sie sich in aller Regel einig und bekämpfen sie bis aufs Messer. Die Beispiele reichen von der Pariser Kommune, gemeinsam von den miteinander im Kriege liegenden Regierungen Frankreichs und Preußens bis zur Intervention der 14 Mächte gegen Sowjetrußland und den UNO-verbrämten USA-Krieg gegen Nordkorea, den CIA-gesteuerten Putsch Pinochets gegen die Allende-Regierung, die vom Imperialismus gesteuerten Kriege der UNITA- und Renamo-Banditen gegen die antiimperialistischen Regierungen in Angola und Mocambique, usw. usf.

Es ist wider die Natur des Imperialismus, antiimperialistische Revolutionen und Staaten zu unterstützen oder ihnen gar zum Sieg über den Imperialismus zu verhelfen.

Aber genau das haben die Sowjetunion, haben die sozialistischen Staaten getan, genau das war die Leitlinie ihrer Außenpolitik – trotz aller revisionistischen Schwankungen und Abweichungen von dieser Linie: ohne ihre Hilfe hätte Ägypten nicht den Suez-

Kanal verstaatlichen, hätten die afrikanischen Völker nicht ihre Kolonialherren verjagen, hätte das kubanische Volk trotz Wirtschaftsblockade durch die USA nicht mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft vor deren Haustür beginnen, hätte das kleine Vietnam nicht seinen nicht für möglich gehaltenen Sieg über die Supermacht USA erringen können. All die großen und kleineren Erfolge der revolutionären Weltbewegung wären ohne die Existenz und die kräftige Unterstützung durch die Sowjetunion, Volkschina und die anderen sozialistischen Staaten nicht erreichbar gewesen.

Genau deshalb haben – im Gegensatz zu den imperialistischen Machthabern und auch im Gegensatz zu Euch – die Menschen in der so genannten „Dritten Welt“, soweit sie die Befreiung ihrer Länder von imperialistischer Ausbeutung und Unterordnung wünschen und dafür kämpfen – über den Untergang der Sowjetunion und der sozialistischen Länder nicht Freude, sondern Trauer über den Verlust guter Freunde und Verbündeter empfunden.

Wie begründet Ihr nun Euer Festhalten an der These vom „bürokratischen Kapitalismus“ in den sozialistischen Ländern und an der Behauptung, die Sowjetunion sei *„neben den USA mächtigster Hort der weltweiten Reaktion, Ausbeutung und imperialistischen Kriegsvorbereitung“* gewesen, trotz all der genannten Tatsachen?

Ich muss feststellen, dass Ihr Euch die Argumentation sehr leicht macht. Dafür nur ein Beispiel: in „Sozialismus am Ende?“ (S. 49) zitiert Ihr einen Satz aus einer längeren Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin vom September 1965, den Ihr so einleitet: Das Neue Ökonomische System in der Sowjetunion *“sollte drei Hauptprinzipien verwirklichen”*, sodann zitiert Ihr Kossygin: *„Die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus der Planung, die Erweiterung der wirtschaftlichen Rechte der Betriebe und die Verstärkung des ökonomischen Anreizes.“*

Dieser Satz, in dem nichts enthalten ist, was gegen Grundsätze sozialistischer Wirtschaftsführung verstoßen würde, – mit ökonomischen Anreizen wurde schon bei Lenin in der Entlohnung bestimmter Kategorien von Werktätigen gearbeitet – wird in Eurem Buch ohne den geringsten Versuch einer Beweisführung so kommentiert: *„Dahinter verbarg sich die endgültige (!) und vollkommene (!) Durchsetzung des kapitalistischen Prinzips der Gewinnmaximierung zur treibenden Kraft der Wirtschaft...Nun wurde als zentrales Planziel ‚Gewinn und Rentabilität‘ offiziell verkündet.“*

Bedauernswert, wer sich von einer solchen “Beweisführung” überzeugen lässt!

Es ist eine Binsenweisheit, dass auch eine sozialistische Wirtschaft rentabel arbeiten und dass sozialistische Betriebe Gewinne erzielen müssen – wo sonst sollten die Mittel für die Akkumulation plus für Ausgaben für die gesellschaftlichen Aufgaben des

Staates – Schulen, Hochschulen, Gesundheitswesen, Kultur etc. – herkommen? Das hat uns doch schon Marx in seinen Randglossen zum Gothaer Programm beigebracht!

Darum ist der „Gewinn“ seit eh und je eine ganz wichtige Kategorie in der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ein fester Bestandteil des Wirtschaftsplans einer sozialistischen Wirtschaft. Allerdings kommt es in der sozialistischen Wirtschaft in erster Linie auf die volkswirtschaftliche Rentabilität der Gesamtwirtschaft an, und nicht darauf, dass jeder einzelne Betrieb Gewinn abwirft. (Siehe dazu die Ausführungen Stalins in den „Ökonomischen Problemen des Sozialismus“, S. 25)

Erinnert sei auch an die Ausführungen G.M. Malenkows auf dem 19. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952, der kritisch vermerkte: „...statt des im Plan vorgesehenen Gewinns von 2,9 Mrd. Rubel ließen die Bauorganisationen in diesem Jahr einen Verlust in Höhe von 2,5 Mrd. Rubel zu.“ (Neue Welt, Heft 22/1952, S. 2715).

Wo aber ist bei Kossygin die Rede davon, dass der Gewinn „zentrales Planziel“ sei, wie bei Euch behauptet? Davon ist bei ihm ebenso wenig die Rede wie bei Malenkow. Der – ich will mich mal vorsichtig ausdrücken – „Fehler“ in Eurer Darstellung ist, dass Ihr suggeriert, wenn Kossygin von Gewinn spricht, dann sei damit selbstverständlich nichts anderes gemeint als der kapitalistische Gewinn, und dass Ihr dann zweitens behauptet, de sein nun „*offiziell als zentrales Planziel*“ verkündet worden.

So überzeugend habt Ihr „bewiesen“, dass in der Sowjetunion der Kapitalismus wiederhergestellt war!

Und daraus folgt dann auch sonneklar, dass die sozialistischen Länder gar keine sozialistischen Länder waren und folglich auch gar keine andere als eine kapitalistische und imperialistische, kriegstreiberische Außenpolitik treiben konnten.

Wie soll man dann aber deren Unterstützung revolutionärer, antiimperialistischer und sozialistischer Staaten erklären?

Kein Problem! „*Der sowjetische Sozialimperialismus*“ verwandelte „den Warschauer Pakt...in ein aggressives Militärbündnis. Dieser grundlegende Wandel führte dazu, dass der Kampf um die Neuaufteilung der Welt heute vor allem zwischen zwei imperialistischen Blöcken, mit den Supermächten USA und Sowjetunion an der Spitze, ausgetragen wird. Die Rivalität der Supermächte bildet die hauptsächlichliche Quelle der Gefahr des III. Weltkrieges.“ (Aus dem Grundsatzprogramm der MLPD)

Wie recht Ihr damit hattet, beweist die Welt von heute: seitdem die östliche Supermacht verschwunden ist, herrscht auf unserer Erde nur noch eitel Frieden ...oder nicht?

Neu und originell ist das alles aber nicht. Genauso wie Ihr - als „Roten Imperialismus“ - haben Imperialisten, Sozialdemokraten und Trotzlisten die Außenpolitik der Sowjetunion schon immer dargestellt.

Aber inzwischen haben wir ja einen Anschauungsunterricht darüber erhalten, wie sich eine tatsächlich nicht mehr sozialistische Sowjetunion verhält: die Gorbatschow-SU hörte auf, ihre ehemaligen Verbündeten und Freunde – wie Kuba – zu unterstützen, und fällt ihnen in den Rücken; sie verkaufte die DDR an den BRD-Imperialismus; (übrigens was habt Ihr eigentlich gegen Gorbatschow einzuwenden? Ihr müsst doch wissen, dass ohne ihn und seine Politik die von Euch so positiv bewertete und so freudig begrüßte „Wiedervereinigung“ nicht stattgefunden hätte!) Eine wirklich nicht mehr sozialistische Sowjetunion ist nicht mehr Gegner, sondern Bundesgenosse der USA im Krieg gegen die Staaten der „Dritten Welt“, wie uns der Golfkrieg gezeigt hat.

Euer Buch „Sozialismus am Ende?“ ist prallvoll mit Anklagen gegen die Sowjetunion und die DDR, die – leider kann darüber nichts anderes gesagt werden – von der gleichen Güte sind, wie das bereits vorgeführte Beispiel. Ich will nur noch ein einziges anführen und an ihm demonstrieren, wie haltlos und bar jeder Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse die Anklagen sind.

Da heißt es über Breschnew: *„1968 schlug Breschnew unbarmherzig zu, als sich in der Tschechoslowakei einige führende Bürokraten verselbständigen wollten.“*

Mit dem, was damals wirklich geschah, hat diese Feststellung nichts zu tun.

Der so genannte „Prager Frühling“ war der Versuch tschechoslowakischer Revisionisten – Brüder im Geiste der Tito, Chruschtschow, Gomulka und Kadar – , das besser vorbereitet erfolgreich zu Ende zu führen, was im Herbst 1956 in Budapest gescheitert war. Der „Stalinist“ Novotny sollte gestürzt und danach mit Hilfe des nunmehr von den Revisionisten beherrschten Parteiapparates der Weg der „friedlichen“ Wiederherstellung der bürgerlichen Republik beschritten werden. Mit der willfährigen Galionsfigur Dubcek als Erstem Sekretär war man bis August 1968 auf diesem Wege schon fast am Ziel angelangt, weil man dem Volk natürlich nicht sagte, wohin die Reise wirklich gehen sollte, sondern versprach, einen besseren Sozialismus, einen Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“, zu installieren. Niemand anders als einer der Hauptdrahtzieher dieser konterrevolutionären Verschwörung, Ota Sik, hat jetzt – in der „Welt“ vom 5. November 1990 – offenbart, dass dies nur dazu diente, die wahren Absichten zu verschleiern: *„Wir, der Kern der ökonomischen Reformer“, führte er aus, „versuchten in Prag damals eben nicht den Kommunismus zu reformieren. Unser eigentliches Ziel war es, ihn abzuschaffen und ein neues System aufzubauen. Man hat zwar immerfort von der Reform hin zu einer sozialistischen Demokratie oder*

sozialistischen Marktwirtschaft sprechen müssen, weil man sonst überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangt wäre.“

Immerhin eine Aussage, die auch Euch einigen Anlass zum Nachdenken gäbe!

Wie sieht es nun mit Breschnews angeblichem „unbarmherzigen Zuschlagen“ aus? Falscher als Ihr es tut, kann seine Rolle kaum beschrieben werden. Er, einst Chruschtschows engster Vertrauter, war in Wahrheit der Schutzpatron der einheimischen und auswärtigen Revisionisten; er hat überhaupt nicht daran gedacht, den Prager „Reformern“ Hindernisse in den Weg zu legen. Umgekehrt: er hat, so lange es irgend ging, verhindert, dass ihnen schon früher das Handwerk gelegt wurde. Und selbst nachdem er dem Druck der leninistischen Kräfte in der eigenen Partei und der KPC sowie anderer Bruderländer schließlich doch nachgeben und dem Eingreifen an jenem 21. August 1968 zustimmen musste, hielt er weiterhin seine Hand über die Smrkovsky, Cik und Goldstücker und den ihnen willfährigen 1. Sekretär Dubcek und verhinderte, dass sie ihrer Ämter enthoben wurden. Es war ausschließlich den gesunden leninistischen Kräften im eigenen Land und der KPC zu verdanken, wenn schließlich nach monatelangem Ringen auf einem ZK-Plenum im April 1969 Dubcek endlich abgelöst werden konnte.

Leider muss man sagen: Eure Geschichtsdarstellung erweist sich, sobald sie dem wirklichen Geschichtsablauf gegenübergestellt wird, als nach einem ganz groben Muster gestrickt: „Was nicht ins vorgegebene Bild passt, hat nicht stattgefunden!“

Dafür noch ein allerletztes Beispiel: auf der gleichen Seite 52 ist zu lesen: „*In den 70er Jahren wurden auf sowjetischen Druck hin kubanische Söldner(!) in Angola eingesetzt.*“

Wieso bemerkt Ihr nicht, und wieso stört es Euch nicht, dass Ihr die Sprache der FAZ, der imperialistischen Freunde der wirklichen Söldner, der vom südafrikanischen Apartheid-Regime gegen die MPLA gehetzten UNITA-Banden, sprecht? Hat Euch Eure Fixierung auf den „*Kampf gegen die sozialimperialistische Sowjetunion*“ und die „*staatskapitalistischen Staaten in Osteuropa*“ schon so verblendet, dass Ihr gar nicht mehr merkt, was Ihr treibt – nämlich eine offene, unverzeihliche Verleumdung revolutionärer Hilfe der kubanischen Freiwilligen für die vom Imperialismus und dessen Söldnerhaufen bedrängte antikoloniale und antiimperialistische angolanische Befreiungsbewegung?

Wie soll man bei solchen Stellungnahmen Eurerseits Eure Bekenntnisse zur proletarischen Revolution und zum Sozialismus und Eure Kampfansagen an Revisionismus und Imperialismus noch ernst nehmen?

Recht haben alle, die in Chruschtschow und seinen Leuten Erzrevisionisten und Feinde des Sozialismus, Helfershelfer des Imperialismus sehen in dessen Bemühen, in der Sowjetunion den Kapitalismus zu restaurieren.

Recht haben alle, die im 20. Parteitag einen Wendepunkt sehen, jenen Punkt, an dem die Abwendung der KPdSU vom Marxismus-Leninismus und ihre Hinwendung zum Revisionismus in wichtigen Fragen der Ideologie und der praktischen Politik offiziell sanktioniert wurde.

Zutiefst Unrecht haben aber jene, die diesen Wendepunkt mit der Verwandlung der Sowjetunion und auch noch gleich fast aller sozialistischen Staaten in kapitalistische Staaten gleichsetzen.

Nach Stalins Tod und der Übernahme der Parteiführung durch Chruschtschow setzten die Chruschtschow-Revisionisten einen Prozess der Denaturierung des Sozialismus, der Untergrabung seiner Fundamente, in Gang, in dem die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollten und in begrenztem Maße auch geschaffen wurden, um in einer zweiten Phase dieses Prozesses zu direkter Zerstörung des Sowjetsystems und zu seiner Überleitung in die Restaurierung des Kapitalismus übergehen zu können. Dieser Prozess durchlief verschiedene Phasen, sein Ausgang stand keineswegs von Anfang an fest.

Wenn ich sehe, was bei Euch aus der richtigen Erkenntnis, dass es sich bei Chruschtschow und seiner Richtung um Revisionismus handelt, geworden ist, dann fallen mir Lenins Worte aus dem „Radikalismus“ ein: Man kann *„jede Wahrheit, wenn man sie ‚exorbitant‘ macht, ...wenn man sie übertreibt, wenn man sie über die Grenze ihrer wirklichen Anwendbarkeit hinaus ausdehnt, ad absurdum führen, ja sie wird unter diesen Umständen unvermeidlich absurd.“* (Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 47 f.)

Euer Kurzschluss, dass es genügt, wenn es einem als Leninisten getarnten Revisionisten und seiner Clique gelingt, Positionen in der Spitze von Partei und Staat zu besetzen, um aus der sozialistischen Sowjetunion einen kapitalistischen Staat zu machen, ist eine solche „exorbitante“ Übertreibung. Sie konnte nur entstehen, weil der Wahrheitsgehalt dieser Schlussfolgerung nicht an der Realität überprüft wurde, und sie kann sich nur halten, weil und solange die Wirklichkeit so zurecht gestutzt wird, dass sie in das vorgegebene Schema passt, wie am Beispiel des Kossygin-Zitats und seiner Kommentierung exemplarisch gezeigt wurde.

Nur mit einem wirklichkeitsfremden, undialektischen Schablonendenken kann man für möglich halten, dass

- gewissermaßen über Nacht, von heute auf morgen, aus der Partei Lenins, aus der kommunistischen Partei der Sowjetunion eine Partei der Wiederherstellung des Kapitalismus geworden sein könnte;
- aus der Roten Armee ebenso schnell ein imperialistische Eroberungsarmee geworden ist (mit den gleichen Mannschaften und den gleichen Kommandeuren!);
- aus Millionen Kommunisten, Funktionären der Partei und des Sowjetstaates von heute auf morgen Verräter am Sozialismus und Diener eines kapitalistischen Staates geworden sind;
- aus den erprobten kommunistischen Arbeiterführern wie Wilhelm Pieck, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Dolores Ibarruri, Harry Pollit und vielen anderen nach dem 20. Parteitag plötzlich Renegaten und Verräter an der Sache geworden sind, denen sie ihr ganzes Leben geweiht haben.

Nein, rund vier Jahrzehnte Verteidigung der Sowjetmacht und sozialistischer Aufbau seit 1917 durch die Volksmassen hatten dazu geführt, dass der Sozialismus und die sowjetische Lebensweise fest und tief im Sowjetvolk verwurzelt waren. Wer sich offen als Feind dieser Ordnung und als Befürworter einer Rückkehr zum Kapitalismus zu erkennen gegeben hätte, den hätten die einfachen Menschen sofort den Sicherheitsorganen übergeben. Dessen waren sich die Feinde der Sowjetmacht in den imperialistischen Metropolen genauso bewusst wie ihre als Kommunisten getarnten Partner in der Sowjetunion.

Sie konnten sich deshalb überhaupt nicht das Ziel stellen, gewissermaßen im Handstreich die sozialistische Ordnung zu beseitigen und eine kapitalistische an ihre Stelle zu setzen. Sie waren sich vielmehr klar darüber, dass der Weg zur Restauration des Kapitalismus sehr lang und voller Risiken sein würde und deshalb nur ganz behutsam und Schritt für Schritt in Angriff genommen werden könnte. Vor allem durfte er in keiner Phase als Weg zurück zum Kapitalismus erkennbar werden, sondern musste bis zum Schluss als Weg zur notwendigen Verbesserung des Sozialismus hingestellt werden.

Zweitens war es nötig, die Verbundenheit der Massen mit ihrer Sowjetordnung zu untergraben und ihre Bereitschaft, diese Ordnung zu verteidigen, allmählich zum Erlöschen zu bringen.

Drittens musste das Volk und mussten die Parteimitglieder dazu gebracht werden, im Imperialismus nicht mehr die Grundursache des Krieges, sondern einen Partner bei der Erhaltung des Friedens zu sehen, um auf diese Weise in der Ersetzung der Ideologie des Klassenkampfes durch die Idee der Klassenversöhnung nicht den grundsätzlichen Bruch mit dem Marxismus zu erkennen.

Um das Erste zu erreichen, wurde die Illusion erzeugt, alles, was in der Gegenwart geschehe, diene der raschen Herbeiführung des Kommunismus. Dabei waren sich die Demagogen vom Schlage Chruschtschows nicht nur darüber klar, dass die anfänglichen euphorischen Hoffnungen, die ihre Verheißungen von den bald erreichten „*lichten Höhen des Kommunismus*“ bei den Menschen erweckten, unvermeidlich in ihr Gegenteil, in tiefe Enttäuschung, in Hoffnungslosigkeit, Gleichgültigkeit und sogar Feindschaft gegen die Partei und die Sowjetmacht umschlagen mussten, sondern sie arbeiteten nach Kräften darauf hin, dass dieser Umschlag möglichst früh und radikal eintrat; denn dies war der Weg, um das Zweite zu erreichen.

Zweitens: Die Abtötung der Verbundenheit der Menschen mit ihrer Sowjetmacht. Die Chruschtschowschen „Reformen“ auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik erweisen sich bei genauem Hinsehen als eine gezielt gewählte Serie von Schädlingsmaßnahmen, deren Ergebnis nur die Desorganisation, die Produktion von Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung und die wachsende Abhängigkeit der sowjetischen Wirtschaft vom imperialistischen Ausland sein konnte und tatsächlich auch war.

Das Dritte der angestrebten Ergebnisse wurde erreicht durch systematische Schürung der Furcht der Menschen vor dem Ausbruch eines Atomkrieges. Chruschtschow arrangierte mehrfach im Zusammenspiel mit den Führern des USA-Imperialismus Situationen, in denen der Ausbruch eines Atomkrieges zwischen den „Supermächten“ unmittelbar bevorzustehen schien – Berlin-Krise 1958, Kuba-Krise 1962 – , der dann „in letzter Minute“ durch direkte Verhandlungen Chruschtschows mit dem USA-Präsidenten – das wurde den Völkern, vor allem dem Sowjetvolk vorgespielt – „verhindert“ wurde. Auf diese Weise wurde schon unter Chruschtschow eingeübt, was unter Gorbatschow zur Vollendung gebracht wurde: Die Quintessenz des „Neuen Denkens“: Der Imperialismus ist nicht der Todfeind der Menschheit, der besiegt werden muss, sondern er ist der Partner, mit dem man vertrauensvoll zusammenarbeiten muss, um die Menschheit vor dem Atom-Inferno zu bewahren.

Erst wenn der so kraftvolle Organismus des Sozialismus soweit geschwächt, die Wirtschaft desorganisiert, die Massen mit den bestehenden Verhältnissen so unzufrieden und ideologisch so verwirrt sind, dass sie angebliche Reformen zur Stärkung des Sozialismus, die in Wahrheit konterrevolutionäre Maßnahmen zur endgültigen Demontage der Sowjetmacht sind, von wirklichen Schritten zu deren Festigung nicht mehr unterscheiden können – wie unter Gorbatschow – , erst dann kann von der Unterwühlung und Aushöhlung der Sowjetmacht zu ihrer Liquidierung, zur Restauration des Kapitalismus übergegangen werden.

Wer meint, der 20. Parteitag habe genügt, in der Sowjetunion den Kapitalismus zu restaurieren, der hat keine Vorstellung von der Festigkeit und Lebenskräftigkeit der von den Volksmassen unter der Führung Lenins und Stalins in über drei Jahrzehnten

geschaffen Sowjetmacht; der setzt die Massen mit der Handvoll revisionistischer Abtrünniger gleich oder aber betrachtet die Massen als bloße Manövriermasse in der Hand solcher Abtrünniger.

Nein, der Prozess, mit dem wir es zu Zeiten Chruschtschows und Breschnews zu tun hatten, war nicht der Prozess der Wiederherstellung des Kapitalismus, sondern dessen Vorbereitung durch den Prozess der Unterminierung der Grundlagen des Sozialismus und der Denaturierung der sozialistischen Lebensweise. Erst nachdem dieser Prozess den Sozialismus bis zur Unkenntlichkeit entstellt hatte, konnte der Angriff mit dem Ziel seiner völligen Zerstörung eröffnet werden. Das geschah dann unter dem Banner der „Perestroika“.

Um zu zerstören, was in 36 Jahren aufgebaut worden war, brauchten die Konterrevolutionäre von Chruschtschow bis Gorbatschow 38 Jahre. Diese 38 Jahre waren angefüllt mit einem erbitterten, unaufhörlichen Kampf zwischen den Revisionisten auf der einen, den Verteidigern der marxistisch-leninistischen Positionen auf der anderen Seite. Wer die Augen offen hatte, konnte diesen Kampf nicht übersehen, durchbrachen seine eruptiven Äußerungen an bestimmten Höhepunkten doch die Hülle einer äußerlichen, scheinbaren Einheit: man denke nur an die Absetzung Chruschtschows im Juli 1957 durch das Präsidium des ZK der KPdSU und die darauf folgende Rache Chruschtschows an Molotow und Kaganowitsch, die er auf dem Juli-Plenum des Rumpf-ZK aus der Führung ausstoßen ließ.

Bereits im November 1957 erfolgte aber der Gegenstoß der antirevisionistischen Kräfte auf der Moskauer Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien durch die Verurteilung des Revisionismus als der Hauptgefahr in der kommunistischen Bewegung.

Chruschtschow und seine Leute brauchten dann vier Jahre, bis sie - auf dem 22. Parteitag der KPdSU - eine erneute Offensive unternahmen und den Parteiausschluss von Molotow und Kaganowitsch durchsetzten. Den Forderungen, auch noch weitere Gegner Chruschtschows, darunter der legendäre Bürgerkriegsheld Woroschilow, aus der Partei zu stoßen, widersetzte sich jedoch der Parteitag und zeigte auf diese Weise, dass die Chruschtschow-Clique die Partei noch keineswegs fest in der Hand hatte. Das wurde vollends offenbar, als das Oktoberplenum 1964 endlich dem Unwesen Chruschtschows an der Spitze der Partei ein Ende bereitete, indem es seine Absetzung beschloss. Statt aber daraus eine volle Rückkehr auf den Boden des Marxismus-Leninismus zu machen, wurde Chruschtschows „Kronprinz“ Breschnew zum Nachfolger gewählt. Das Kräfteverhältnis in der Parteiführung war nun derart, dass die Revisionisten nicht mehr im Stande waren, ihre Sache mit dem gleichen Nachdruck voranzutreiben, wie das zu Chruschtschows Zeiten geschehen war. Sie beschränkten sich darauf, ein gründliche Auseinandersetzung mit dem „Chruschtschowismus“ und

eine Aufdeckung seines konterrevolutionären Wesens zu verhindern und auf diese Weise nach und nach jüngere Funktionäre der „Generation des 20. Parteitages“, solche vom Schlage Gorbatschows, in wichtige Parteifunktionen aufrücken zu lassen.

Als im März 1984 nach dem plötzlichen Tode des Breschnew-Nachfolgers Juri Andropow – der nur 15 Monate an der Spitze der Partei gestanden hatte – der schwerkranke, bereits 72 Jahre alte Tschernenko als neuer Generalsekretär präsentiert wurde, waren sich ziemlich alle Kommentatoren darin einig, dies als Symptom dafür zu bewerten, dass um die Nachfolge Andropows heftige Kämpfe im Gange waren, die noch nicht zur Entscheidung geführt hatten, weshalb mit Tschernenko eine „Zwischenlösung“ eingeschoben worden war.

Zugunsten welcher Richtung der Machtkampf hinter den Kulissen schließlich entschieden worden war, das blieb auch einige Zeit nach der Amtsübernahme durch Gorbatschow Nichteingeweihten ein Fragezeichen, da Gorbatschow, um seine Position zu festigen, zunächst sein wahres Gesicht und seine wirklichen Absichten nicht offenbarte, sondern sich den Anschein eines kämpferischen Antiimperialisten und felsenfesten Leninisten gab.

Kurt Gossweiler, 6.11.1994

(Zusatz unter der Kopie, die Kurt Gossweiler Ursula Münch zugesandt hatte: „Der Brief blieb Fragment und wurde wegen Überlänge abgebrochen und in dieser Fassung an den Adressaten versandt.“)

Unterstützungs-Aufrufe

Aufruf: Strafanzeige gegen Mitglieder des Deutschen Bundestages (Regierungsmitglieder eingeschlossen) und gegen Mitarbeiter/innen der Bundeswehr und zuarbeitender Behörden

Zum Bombardement Syriens seitens der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 14.4.2018

Seitens der Politiker der USA, Großbritanniens und Frankreichs wird so getan, als ob Assad, der von der Mehrheit des syrischen Volkes gewählte Präsident Syriens, der schon seit 7 Jahren gegen den ISIS kämpft, der Verbrecher ist. Ganz klar ist, dass

Syrien, Russland und der Iran die Schlacht gegen die ISIS gewonnen haben. Mit dem Vorwand, einer Reaktion auf den angeblichen Chemiewaffenangriff syrischer Truppen auf die eigene Bevölkerung, haben die USA, Großbritannien und Frankreich, die seit Jahren am Sturz Assads arbeiten und entweder ideell, oder wie z.B. die USA, die ISIS geheim sogar bis heute militärisch unterstützen, endgültig ihre Masken fallen gelassen. Auch ein ehemaliger Direktor der UN-Waffeninspektoren bezeichnete den jüngsten Angriff mit chemischen Waffen in der Rebellenstadt Douma als Operation unter „falsche“ Flagge“ und erklärte, dass dieser Angriff nur ein Versuch gewesen sei, Bashar Al-Assad doch noch zu stürzen. Er sagte: „*Wie wir im folgenden Video dokumentieren, hatte die Rebellengruppe in Douma bereits zugestimmt, das Gebiet innerhalb von 48 Stunden zu verlassen und der Kampf wurde gewonnen.*

Eine Rebellen-Chemiewaffenfabrik wurde ebenfalls in der gleichen Region entdeckt, in der der Angriff vor wenigen Wochen stattfand. Angesichts der Tatsache, dass die syrische Armee am Rande des Sieges stand, macht es keinen Sinn, dass sie ihren eigenen Erfolg sabotieren würden.“

Quellen: April 9, 2018 Sean Adl-Tabatabai News, World 22 ;

<https://www.infowars.com/former-top-un-weapons-inspector-assa>

Das Bombardement Syriens durch die USA, Großbritannien und Frankreich ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und per UNO-Charta verboten. Es wäre noch viel verheerender ausgefallen, wenn die syrische Luftabwehr nicht über 70 Raketen von 100 abgefangen und vernichtet hätte. Da auch deutsche Politiker das Bombardement Syriens noch gutheißen, können wir, die Bevölkerung Deutschlands, uns nur der Strafanzeige von Rechtsanwalt Schmitz gegen alle Mitglieder des Deutschen Bundestages (Regierungsmitglieder eingeschlossen), die am 04.12.2015 für den Bundeswehreinsatz in Syrien gestimmt haben, sowie gegen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutschen Bundeswehr und aller sonstigen deutschen Behörden/Dienststellen des Bundes, die an der Umsetzung/Ausführung dieses Beschlusses vom 4.12.2015 mitgewirkt haben wegen aller in Betracht kommenden Straftatbestände, insbesondere wegen des Tatverdachts der verfassungsfeindlichen Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane gem. § 89 StGB, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat gem. § 89 a StGB, wegen Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttaten gem. § 89 b StGB, sowie Beteiligung an Kapitalverbrechen gem. § 211 f. StGB i.V.m. § 25 ff. StGB, sowie gem. der seit dem 1.1.2017 maßgebenden Rechtslage wegen des Tatverdachts der mittäterchaftlichen Beteiligung an Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), insbes. § 13 StGB, sowie gem. der bis zum 1.1.2017 maßgebenden Rechtslage wegen des Tatverdachts der Vorbereitung eines Angriffskrieges gem. § 80 StGB i.V.m. Art. 26 GG stellen! Wer diese Anzeigen unterstützen möchte, bitte unter: info@rechtsanwalt-wilfried-schmitz.de melden!

Aufruf: Rassismus ist ein Verbrechen – Wir sind alle Kanaken

In der Monitor-Sendung vom 19.04.2018 wurde unter dem Titel „Rassismus pur“ von einem Werbeplakat der DAK und seinen Folgen berichtet: ><https://www.youtube.com/watch?c=iFHYzw2rLVw><.

„Das Plakat zeigt werdende Eltern, ein Ultraschallbild in der Hand. Die Schwangerschaftswerbung einer Krankenversicherung und Awounou und seine Freundin waren die Models. Eine große Kampagne – 27.000 Plakate bundesweit.“ So die schriftliche Fassung des Vorgangs: ><https://www.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/rassismus-pur-100.html><.

Neben positiven Rückmeldungen erfolgte ein Shitstorm von blankem Rassismus gegenüber Philipp Awounou und seiner Freundin, aber auch gegenüber der DAK. Ein deutscher Mann habe weiß zu sein. In den so genannten „sozialen Medien“ ist die Rede von „Kanaken-Werbung“, von „Mörder und Vergewaltiger“, von „Schmarotzer“, „Neger“ und „Araber“, von „Rassenvermischung“, „Volksaustausch“ und „Umvolkung“. Und der AfD-Kreisverband Nordmecklenburg postete ein Foto des Plakats auf Facebook und spricht von der „*Flutung unseres Landes mit Migranten*“.

Der Begriff Kanake, der ersichtlich diesen Rassismus bündelt, stammt aus der hawaiischen Sprache. „*Kanaka*“ ist die Bezeichnung für Mensch, so Wikipedia. Kanaken sind melanesische Ureinwohner in Neukaledonien (Südwestpazifik), wo sie 45% der Einwohner Neukaledoniens ausmachen, das lange französische Kolonie war.

Wir alle sind also Kanaken. Die Opfer des Shitstorms ebenso wie seine Initiatoren. Und damit das ein für alle Mal klar ist, erklärt jede/r der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner für sich persönlich: **„Ich bin ein Kanake. Und das ist auch gut so!“**

Erstunterzeichner: Prof.Dr. Wolfgang Jantzen, Bremen; Prof'in Carla Wesselmann, Emden; Dr. Klaus Hühne, Oldenburg; Ekkehard Lenz, Bremen; Dr. Ulrich Fritsche, Hamburg; Prof.Dr. Peter Röder, Koblenz; Prof.Dr. Peter Stosiek, Görlitz; Dr. Dodo Frank, Hannover.

Unterstützungserklärungen bitte an: redaktion@offen-siv.com.

Diskussionsbeitrag zu offen-siv 2-2018

Ludwig Bodemann: Ein Kommentar zu offen-siv 2-2018 – Der falsche Kompass

Da liegt nun die Broschüre von Frank Flegel, offen-siv. Bin neugierig, was drin steht!

Ich bin ein gestandener DDR-Bürger, habe das Kapital Band 1-3 studiert, war in einem VEB tätig. Ich denke, dass ich daher mit dieser Thematik vertraut bin. Ich möchte den Bezug zur DDR herstellen, ergänzen. In den 70er Jahren überlegte man in der DDR, wie es in der Wirtschaft weiter gehen könnte. Zu diesem Zeitpunkt der Geschichte setzt meine Überlegung an.

Ich teile voll und ganz die Schlüsse aus der Broschüre: Revisionismus fängt da an, wo man die zentrale Planung in Frage stellt. Die grundlegende Frage bei der Beurteilung einer Gesellschaft ist die Frage nach den Eigentumsverhältnissen von Produktionsmitteln! Wer besitzt sie, wer bestimmt über ihre Verwendung zu welchem Zweck? Daher ergibt sich die Frage, war der VEB ein betrieb, bei dem die Produktionsmittel dem Volke gehörten? Ja! Das Volk hatte sich seinen Staat gewählt. Dieser bestimmte nun, durch die zentrale Planung, was hier hergestellt wurde. Dazu wurden jährlich Plandiskussionen auf allen Ebenen der Gesellschaft durchgeführt. Bei den VEBs würde ich daher in diesem Falle von einem Staatsbetrieb ausgehen. Das ist wichtig, da heute in China und Russland von Staatsbetrieben gesprochen wird, also von VEBs. Das geht mit einer zentralen Planung und einer zentralen Kontrolle einher. Die Zitate der Ausführungen Stalins im Heft zeigen die Zusammenhänge. Mit diesem stimme ich vollkommen überein.

Noch ein paar Worte zur Ware und zu deren Wert im Sozialismus. Im Sozialismus werden Gegenstände hergestellt. Sind das Waren und haben sie einen Wert? Es sind Gegenstände, die man herstellt, weil man sie braucht, also haben sie einen Gebrauchswert. Sie haben auch einen Preis, also einen Wert. Somit sind es Waren im Marxen Sinne. Erst später verschwindet der Wert der Waren, dann, wenn auch das Geld aus der Gesellschaft verschwindet. Dann hat sich auch das Wertgesetz erübrigt.

Im Kapitalismus bestimmt der Markt den Wert der Ware, Angebot und Nachfrage, nach der Herstellung, spontan. Der Wert der Ware im Sozialismus wird anders bestimmt. Der Wert der Ware wird hier durch den Aufwand der Herstellung bestimmt, Material, Maschinen, Lohn...Gewinn. Dies sind Bestandteile des Volkswirtschaftsplanes, also im Vorhinein überlegt.

Noch eine Bemerkung: Die Ware im Sozialismus muss auch rentabel hergestellt werden, effektiver noch als im Kapitalismus. Lenin: Erst dann wird diese neue Gesellschaftsform überleben können. Geht China gerade diesen Weg?

Zur Problematik gemischter Eigentumsformen: In der DDR gab es außer den VEBs auch Genossenschaften und Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Genossenschaften in der Landwirtschaft und bei Handwerksbetrieben. Diese haben sich bewährt. Privateigentum war in Handelseinrichtungen vorhanden, der Hutmacher, Schneider... Die so genannten Schlüsselindustrien waren volkseigen! Diese wurden in den 1980er Jahren in Kombinat organisiert, dem sozialistischen Konzern. Alle Eigentumsformen waren der Planung untergeordnet. Sie standen unter der Kontrolle des Staates und der Partei. Nur so verstehe ich einen nichtrevisionistischen, siegreichen Sozialismus.

Und noch ein Gedanke: Es wäre bestimmt sinnvoll, den größten sozialistischen und erfolgreichsten Staat der Jetztzeit zu schauen. Wem gehören dort die Produktionsmittel, in wessen Interesse werden die Waren hergestellt? Hier werden die Waren nicht des Profites, sondern des Gebrauchswertes wegen hergestellt. Die Preise sind unschlagbar. Nur weil weniger Lohn gezahlt wird? Das ist mir zu einfach ausgedrückt! Die Aussagen auf dem letzten Parteitag der KPCh, Abschaffung der Armut, weisen auf den Zweck der Gesellschaft, den Sinn der Warenproduktion hin.

Diskutieren wir über den Sozialismus der Zukunft, in Deutschland und Europa, auf der Welt! Welche ökonomische Grundlage muss er haben, aufbauend auf dem Wissen unserer Klassiker, den realen Erfahrungen von existierenden und untergegangenen sozialistischen Staaten!

Aus der Leser/innen-Post

Ronny W.: Klar und informativ (zu offen-siv 1-2018)

Vielen Dank für die letzte Ausgabe von offen-siv. Ich bin immer wieder erstaunt wie wissenschaftlich fundiert, klar und informativ eure Beiträge sind. Besonders spannend fand ich den Beitrag von Thanasis Spanidis über den VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen, der für mich einiges an Verwirrungen auflöst. Man kann genau sehen, wo ein nicht kleiner Teil der kommunistischen Bewegung falsch abgelenkt ist. Jede Partei auf der Welt und jeder einzelne, der oder die sich Kommunismus auf die Fahnen schreibt, sollte und muss sich immer selbst hinterfragen und von außen

hinterfragt werden können: Wie steht es mit Revisionismus bei mir selbst und in unseren Reihen? Sind die Ausrichtung und das Ziel klar? Eine Diktatur des Proletariats, die Aneignung der Produktionsmittel, der Aufbau des Sozialismus. Stehen wir für diese Ziele ein?

Klar gibt es in jeder Region, in jedem Land unterschiedliche Voraussetzungen, denen man mit unterschiedlichen Kampfformen begegnen muß. Aber von der Grundausrichtung kann und darf man nicht abweichen. In Zeiten, wo der Klassenfeind global agiert und die Monopole nicht mehr auf einzelne Länder beschränkt sind, kann und darf es doch nicht sein, dass wir Kommunisten in jeden Land unser eigenes Süppchen kochen, neue Ziele ausgeben, den Kapitalismus freundlicher gestalten wollen oder sonstigen Schwachsinn. Mehr denn je gilt: "Proletarier aller Länder vereinigt euch"

Der Artikel der Genossinnen und Genossen von "Wie weiter" bringt einen Teil der aktuellen Lage bei uns gut auf den Punkt und regt zum Nachdenken, Überdenken und zur Diskussion an. Ich kann nur hoffen, dass die entsprechenden Gremien die Auseinandersetzung führen.

Ja, und die AFD-Wähler, dem gibt es nichts hinzuzufügen. Mir hat mal jemand gesagt, ich solle nicht an leeren Bäumen schütteln, sondern mir gut überlegen wo ich meine Kraft investieren will.

Für mich merke ich, das Wichtigste ist unsere marxistisch-leninistische Bildung. Sie ermöglicht mir klarer zu sehen und die Welt zu verstehen und daraus zu handeln. Und da kann ich euch, dem offen-siv-Team nur Danke sagen.

Bis bald, Ronny

André K.: Verschwinde und lass Dich hier nicht erwischen (zu offen-siv 1-2018)

Sehr geehrter Herr Flegel,

ich habe ihren Schrott in dem offen-siv 1-2018 über die Wählerschaft der AfD gelesen, besonders ihr Fazit. Wenn hier jemand Schrott ist, dann sind es vielleicht Sie und diese ganzen SED-Arbeiter-Sozialismus Verräter. Nichts, aber auch rein gar nichts haben Sie gelernt oder verstanden. Leben Sie weiter in ihrer Psycho-welt, in der KPD haben sie nichts zu suchen. Verschwinde und lass dich hier nicht erwischen.

Nachtrag 1: Ich kann ihnen sagen, warum so viele AfD gewählt haben, weil solche wie Sie und ihr bunter Klüngel nichts aber auch absolut nichts auf die Reihe kriegen und kriegen werden.

Träumen Sie weiter von der schönen DDR und der bösen Konterrevolution!!! Au-weiä!

Nachtrag 2: Ich möchte noch betonen, dass ich kein Nazi, Rassist bin und auch nicht die AfD gewählt habe. Aber ich habe etwas gegen Leute die sich als Kommunist ausgeben, aber nur ihre eigene Person in den Vordergrund stellen.

Nachtrag 3: Wenn hier tausende zu Legida/Pegida rennen, zehntausende die AfD wählen oder offen rechte Gesinnung zeigen, dann würde ich mich an ihrer Stelle mal kritisch selbstkritisch hinterfragen Herr Flegel! Und was ihr Fazit betrifft zwecks Autonome, Antifa und DGB, da können sie lange warten. Weil diese Herren denken sie sind was besonderes. Haben sie denn einmal mit prekär Beschäftigten geredet? Die alten KPD-Mitglieder (die ich noch kennengelernt habe), alles Maurer, Zimmerleute, Dreher, Steinsetzer, hätten das getan!!!!

Ludwig Bodemann.: Eine Veranstaltung zur Ökonomie des Sozialismus einberufen (zu offen-siv 2-2018)

Lieber Genosse Flegel, lieber Frank, ich hatte Zeit, das offen-siv-Heft 2/2018 zu studieren, ja nicht nur zu lesen, sondern eben zu studieren. Ich gebe zu, ich hatte Bedenken, was kann ein Alt-BRD'ler dazu wohl schreiben? Danke! Mir begegnete keine Überheblichkeit eines Alt-Kommunisten aus der BRD, sondern echte Überlegungen.

Deine Zitatsammlung ist großartig. Nein, das meine ich wirklich so. Ich kenne die Wortlaute, das Geschriebene der Klassiker nicht so genau. Ich habe immer versucht, den Inhalt zu verstehen, wovon schreiben sie, die Klassiker? An der Universität in Rostock hatten wir einen starken Marxismus-Professor Prof. Dr. Klein. Eigentlich wollte er wissen, was auf Seite xx des Kapitalbandes y steht. Ich habe seine Prüfung mit Bravour bestanden, auch wenn ich die Seitenzahlen nicht sagen konnte. Übrigens habe ich mir vor kurzem erneut das Kapital, Band 1, zugelegt. Es macht Freude, ab und zu mal reinzuschauen! Probiere es mal aus, auch wenn Du das schon zimal gemacht hast.

Beim Lesen des Heftes kam mir so ein Gedanke: Man müsste mal eine Veranstaltung, geführt von der KPD, der ideologischen Kommission, aber vor allem von Dir, einberufen, in der einen Tag lang über dieses Thema, die Ökonomie des Sozialismus gestern und in Zukunft – oder so ähnlich – debattiert wird. Da sehe ich aber nicht nur Akademiker, sondern auch Macher, die dazu was sagen sollten. Wie war das doch gleich: die Welt nicht nur interpretieren, sondern auch zu gestalten, zu verändern.

Mit kommunistischem Gruß, Ludwig Bodemann

Gerhard Schiller.: Die Genossen werden sich schon etwas gedacht haben (zu offen-siv 2-2018)

Lieber Frank, ein Lebenszeichen, aber aus Anlass Deines Heftes „offen-siv“ 2-2018. Ich habe den Artikel zu Chruschtschow gelesen. (Das dauert sehr lange und ist anstrengend, weil die Buchstaben fließen. Es hat mich angestrengt, aber das Interesse hat gezogen.)

Was mich belastet, ist eigenes Erleben, z.B. dass 1963 beschlossen wurde, eine Konzeption zum „Neuen Ökonomischem System“ in Arbeitsgruppen auszuarbeiten. Wir an der Basis haben dem zugestimmt, ging es doch um die Entwicklung des Sozialismus, dass Bewegung in die Wirtschaft kommen muß, dass richtig der Gewinn im Vordergrund der wirtschaftlichen Tätigkeit stehen soll und dass die Betriebe mehr Eigenverantwortung und damit Mittel haben sollen, mit denen sie unkompliziert selbst umgehen sollen.

In Mitgliederversammlungen und Korridoren diskutierten wir die Sache. Wir begriffen nicht, dass das folgen würde, was Du in Deinem Artikel ausdrückst. Wir oder ich waren 35 Jahre alt, da hatten wir noch Schwung und begrüßten das. Dass das Revisionismus war oder ist, hat niemand auch nur angedacht. Wir hätten uns gegen eine solche Unterstellung gewehrt. Wir jungen Kerle wussten vom Revisionismus nur aus dem Studium, in der Praxis kam der Begriff nicht vor. Waren nun Ulbricht und seine Mannschaft Revisionisten?

Da fällt mir noch ein, dass in diesen 60er Jahren nach einem Jagdausflug im heißen Monat August in Berlin der Walter Ulbricht den Breschnew um ein Vieraugengespräch bat. In dem erläuterte Ulbricht zwei Stunden lang sein „Neues Ökonomische System“, was sich Breschnew schweigend anhörte, am Ende aber kein Wort verloren hat und den Raum verließ. Ulbricht wollte ihn gewinnen mitzumachen, da ja der sowjetische Professor Liebermann bereits vor Beginn des Experiments in der DDR solche Gedanken vertreten hatte.

Wir mussten das Buch „Das Neue Ökonomische System und seine Anwendung in der DDR“ kaufen und haben es gekauft. Zwei Jahre später mussten wir es wieder zurückgeben. Vom „Neuen Ökonomischen System“ war nicht mehr die Rede. Man hat gesagt, es hat in einigen Betrieben geklappt, in anderen aber nicht (das „Neue Ökonomische System“ war meines Wissens in 13 ausgewählten Betrieben eingeführt worden, als Experiment sozusagen). Weiter begründet wurde der Schritt zurück nicht. War es überhaupt ein Schritt zurück?

Ich schreibe das, weil mir die Sache eben nach Lesen Deines Artikels nicht mehr aus dem Kopf ging. Ist das ein Beispiel dafür, wie revisionistisches Verhalten erst hinterher erkannt werden kann?

Bei Chruschtschow hat man das ja nicht erst hinterher erkannt, sich aber lange zurückgehalten. Er war auch in der DDR beliebt. Sein Auftritt in der UNO, wo er nach russischer Sitte den Schuh auszog und mit diesem auf das Rednerpult pochte, machte ihn bekannt. Dass er schon 1958 abgesetzt werden sollte, was 1964 geschah, hat uns aber nicht groß berührt: Die Genossen werden sich schon etwas gedacht haben. Die genauen Gründe kannte man nicht und ich habe sie ehrlich auch erst durch die offensiv-Hefte erfahren, wie vieles andere, und richtig verstanden.

Was solls? Ich musste diese beklemmenden Gedanken ungeordnet einmal loswerden. Früher hätte ich versucht, einen Artikel zu diesem Thema zu schreiben, aber eben früher. Heute möchte ich diese Einsicht Dir als Beichtvater vortragen, und weiß nicht einmal, ob das klug ist. Das Alter, hat der alte Ulbricht gesagt, fordert seinen Tribut! So wird es schon sein. Genug der Schreiberei.

Alles Gute und altbekannte Grüße aus Dresden! Gerhard Schiller

Zbigniew Wiktor: Vielen Dank für Eure nicht nur deutsche, aber auch internationale Arbeit

Liebe und werte Genossen, schöne kommunistische Grüße aus Wroclaw-Polen und auch Danke-Schön für die mir eingereichte letzte Ausgabe der „Schriftenreihe der KPD“ – Der Zukunft wegen – mit der Dokumentation der Veranstaltung vom 4. November 2017. Sie ist das wichtige Ergebnis der wissenschaftlich-politischen Tagung in Heidenau/Dresden zur Oktoberrevolution, der UdSSR, dem sozialistischen Aufbau, seiner Entwicklung und der Ursachen der bitteren Niederlage Ende 1989 und Anfang der 90er Jahre des XX. Jahrhunderts. Sie enthält viele interessante Beiträge, Diskussionsstimmen, Lieder und die politische Resolution. Congratulation und nochmals vielen Dank für Eure nicht nur deutsche, aber auch internationale Arbeit.

Ein großer Beitrag zu dieser Diskussion im Euch auf CD eingereichten Buch (in englischer Sprache) „The history of class struggle for classless society and its perspective from Marx until near future“ von Mieczyslaw Rakowski und mir. Ich bitte Euch, es schnell herauszugeben.

Umarmung,

Zbigniew Wiktor.

Gerhard Naumann: Der Wahrheit wegen

Bei der KPD-Konferenz „Der Zukunft wegen“ (Dokumentation S.98 u.a.) wurde von Werner Seppmann kritisiert, daß in der DDR Neubauwohnungen entstanden, aber die alten Häuser vernachlässigt wurden. Das stimmt zwar nicht, wird aber von ihm als ein Hauptgrund des Scheiterns des DDR-Sozialismus genannt.

Wissen die Genossen eigentlich, wie es hier zugeht? Was hatten wir noch aufzuwenden außer für das kolossale, einmalige soziale Wohnungsbauprogramm? Wir hätten sehr gern auch auf die Rüstungsausgaben verzichtet und die Mittel für Soziales eingesetzt, wenn die Kriegsbedrohung aus dem Westen nicht gewesen wäre.

Das Wohnungsbauprogramm konnte grade so erfüllt werden bis 1990. Einschließlich der umfassenden Reko Altbau!

Altbaubewohner in Genossenschaften selbst machen lassen? Wo kriegen sie das Material her? Sollten wir wieder die verlogene Marktwirtschaft einführen? Übrigens: die Planwirtschaft war immer mit millionenfacher Eigeninitiative verbunden, das wurde gemacht und war keine „Lücke“, wie Gen. Seppmann behauptet. Aber nicht als Selbstläufer, sondern notwendiger Weise eingebettet in die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft. Das war seitens der Partei keine Theorie, bei der Genosse Seppmann hängen bleibt, sondern gewollte Praxis.

Und dann noch einen Vergleich mit China anzustellen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass bei Aussagen über historische Ereignisse die gewesenen historischen Verhältnisse oftmals außen vor gelassen werden. Leider nicht nur von den heutigen Geschichtsfälschern, die das absichtlich machen.

Nochmal: die im Westen konnten ihre Kriegsgewinne einsetzen für das sogenannte Wirtschaftswunder. Wir hatten fast nur die Trümmer, für die die Kriegsgewinnlernaliardiäre gesorgt hatten. Und dann die Knüppel, die uns der vom Westen organisierte Kalte Krieg zwischen die Beine warf, auch international.

Liebe Genossen, habt ihr das alles nicht gewusst?

Gerhard Naumann

Karl-Peter Füßlein: Meine Heimat

Als es im Herbst 1989 zwischen Fichtelberg und Cap Arcona zu gären begann, gehörte ich zu den Zweiflern an den sowohl spontanen wie auch organisierten Aktionen.

In der DDR hatte ich meine friedliche Heimat gefunden. Ob als Jung- oder Thälmannpionier, stets nutzen wir die vielen Freizeitangebote. Nach der EOS fand ich

einen Ausbildungsplatz, wurde bester Lehrling und sicherte unsere Staatsgrenze in Thüringen gegen die Provokationen der Bonner Ultras. Als Poste- und Hundestaffelführer erhielt ich für guten Grenzdienst viele Auszeichnungen.

Ich konnte Forstwirtschaft studieren und übernahm ein großes Waldrevier bei meiner Geburtsstadt Chemnitz. Diese war durch anglo-amerikanische Terrorbomber schwer getroffen worden. Mein Großvater mütterlicherseits musste zur Zeit des Faschismus den gelben Stern tragen und wurde schließlich mitsamt seinen Brüdern von den Nazi-Verbrechern im KZ vergast. Nach dem Ende des Krieges gelangten in der BRD die Faschisten wieder in Amt und Würden. Staatsdoktrin der DDR war der Antifaschismus!

Unsere sozialistische DDR half den jungen Nationalstaaten und arbeitete eng mit den Bruderländern zusammen. Die NVA hat sich - im Gegensatz zur Bundeswehr – niemals an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt. Veteranen der Arbeiterklasse überreichten uns nach der Vereidigung vor der „Maxhütte“ Unterwellenborn symbolisch die Kalaschnikow zur Verteidigung der Heimat. Unser Deutsch- und Musiklehrer war als Freiwilliger bei den Interbrigadisten in Spanien dabei gewesen.

Die Mitglieder der Partei- und Staatsführung hielten sich noch immer an die Vorgaben der Komintern.

Nach der Konterrevolution hatten Verräter, Verleumder und Betrüger ihre Chance zur Selbstbereicherung, Abgabe falscher Beschuldigungen, zum Geheimnisverrat und zur Verbreitung von Lügen wahrgenommen. Diese Primitiven übernahmen die Macht, die sie bis heute in ihren gierigen Händen halten!

Die DDR soll vollkommen diskreditiert werden. Selbst angeblich „Linke“ geben sich unverfroren dazu her, unsere zerschlagene Friedensnation als „Unrechtsstaat“ zu verleumden. Das Wort „Stasi“ reicht aus, um „wissende Wessis“ vollkommen davon zu überzeugen.

„Meine Hand für mein Produkt“ – so die bescheinigte Versicherung unserer Werktätigen für ihre qualitätsgerechten Erzeugnisse. Währenddessen die so genannte „Treuhand-Anstalt“ keineswegs unsere volkseigenen Betriebe und Einrichtungen vertragsgemäß zu „treuen Händen“ verwaltet hat. Das Eigentum der DDR wurde verramscht und veruntreut!

Die DDR war meine Heimat. Nun bin ich heimatlos...

Karl-Peter Fülllein

Rettet „Melodie und Rhythmus“!

Melodie und Rhythmus, Magazin für Gegenkultur im Verlag 8. Mai: Liebe Leserinnen und Leser der Zeitschrift offen-siv!

Im Januar hatten wir darüber informiert, dass die Kulturzeitschrift „Melodie & Rhythmus“ vorerst nicht mehr erscheinen kann. In Anbetracht der Tatsache, dass ein linkes Magazin für Gegenkultur heute besonders wichtig ist, und angesichts der zahlreichen Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern, Künstlern und anderen Kulturschaffenden, haben wir uns entschlossen, Bedingungen für die weitere Herausgabe der „Melodie & Rhythmus“ zu schaffen.

Was ist nötig?

1.700 zusätzliche Abonnements bis Ende 2019, eine Verdoppelung des bisherigen Anzeigenvolumens und Spenden für die Finanzierung einer Werbekampagne in Höhe von mindestens 20.000 Euro. Diese Ziele sind ohne die engagierte Beteiligung von Organisationen, Kulturschaffenden und Lesern schwer umzusetzen.

Am Osterwochenende startete die Kampagne »Die Waffe der Kritik benötigt ein Magazin«. Bis zum 30. Juni benötigen wir in einem ersten Schritt 1.000 neue Abos, über 300 haben uns schon erreicht. Gleichzeitig sollen auch Spenden für den Neustart und die ersten Anzeigenkunden für Jahresverträge gewonnen werden.

Wenn wir diese erste Etappe erfolgreich abschließen können, versprechen wir, dass „Melodie & Rhythmus“ am 15. Dezember 2018 mit einer neuen Ausgabe (Heft 1/2019) wieder erhältlich ist.

Wir möchten Sie um Ihre Unterstützung bitten. Verschenken Sie ein Abo, machen Sie Werbung unter Ihren Freunden und Bekannten oder beteiligen Sie sich mit einer Spende.

Alle Möglichkeiten der Unterstützung finden Sie unter:

melodieundrhythmus.com.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

